

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Tagesordnung, da bitte ich Sie, diese zur Hand zu nehmen. Ich bedanke mich wieder bei Frau Dr. Zwanzger und den Klubobleuten für die Zusammenfassung all jener Stücke, die wir gleich zu Beginn als gemeinsam beschlossen betrachten können. Das sind von der Tagesordnung Stück Nummer 2), Stück Nummer 3), 4), 5) und 6), Nummer 8), 9), 10), 11) gegen die Stimmen der KPÖ und gegen die Stimmen vom BZÖ, 12), 13) und 14) sowie Stück Nummer 18). Vom Nachtrag sind es die Stücke 1), 3), 4), 5), 6) und 7) gegen die Stimmen der KPÖ. Das waren bitte jetzt einmal die, die wir gemeinsam zur Abstimmung gebracht haben. Wir haben allerdings auch Stücke mit dem Erfordernis der Zwei-Drittel-Mehrheit und die werden wir jetzt bitte vorziehen.

2) Präs. 11226/2003-19

Österreichischer Städtebund:
Bestellung der Vertretung der Stadt Graz
in den verschiedenen Ausschüssen,
Fachausschüssen und Arbeitskreisen

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die in Pkt. 1) bis 18) angeführten Neunominierungen beschließen.

3) A 8 – 11326/2008-02

Stadtbaudirektion
Finanzierungsmaßnahmen
Öffentlicher Verkehr

1. Projektgenehmigung über
€ 1.387.000,- in der AOG 2008-2009
2. Haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 416.000,- in der AOG 2008
3. Erhöhung der Projektgenehmigung
„Netzausbau Straßenbahn – Phase 1
Trassenfindung“ um € 300.000,- in der
AOG 2008
4. Reduzierung der Projekt-
genehmigungen „Linie 4“ von
€ 19.410.000,- auf € 19.272.000,- „HL-
AG ohne Bahnhof“ von € 37.650.000,-
auf € 36.923.000,-
„Verlängerung Linie 6“ von
€ 20.999.000,- auf € 20.177.000,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 2/2008 beschließen:

In der AOG 2008-2009 wird die Projektgenehmigung „Infrastruktur-Verbesserungsmaßnahmen – Öffentlicher Verkehr“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.387.000,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2008	MB 2009
Infrastruktur- Verbesserungsmaßnahmen Öffentlicher Verkehr	1.387.000	2008-2009	416.000	971.000

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2008 wird die neue Fipos

5.69000.775100 „Kap. Transferz. an Unternehmungen
(ohne Finanzunter), Infrastrukturver-
besserungen ÖV“
(Anordnungsbefugnis: BD, DR BD050) mit € 416.000,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

6.69000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um denselben Betrag erhöht.

Die Projektgenehmigung „Netzausbau Straßenbahn – Phase 1 Trassenfindung“ wird von € 400.000,- um € 300.000,- auf € 700.000 erhöht und die Änderung im AOG Programm 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2007	MB 2008
Netzausbau Straßenbahn - Trassenfindung	700.000	2007-2008	0	700.000

beschlossen.

Die Projektgenehmigung „Linie 4“ wird von € 19,410.000,- um € 138.000,- auf 19,272.000,- reduziert und die Änderung im AOG-Programm 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2008	MB 2009
Linie 4	19,272.000	2005-2009	16,038.585,01	2,500.000	733.414,99

beschlossen.

Die Projektgenehmigung „HL-AG ohne Bahnhof“ wird von € 37,650.000,- um € 727.000,- auf € 36,923.000,- reduziert und die Änderung im AOG Programm 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2008	MB 2009
HL-AG ohne Bahnhof	36,923.000	2005-2009	16,329.898,22	10,500.0000	10,093.101,78

beschlossen.

Die Projektgenehmigung „Verlängerung Linie 6“ wird von € 20,999.000,- um € 822.000,- auf € 20,177.000,- reduziert und die Änderung im AOG Programm 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	Vorjahre	MB 2008	MB 2009
Verlängerung Linie 6	20,177.000	2005-2009	11,429.079,88	5,000.000	3.747.920,12

beschlossen.

4) A 10/BD – 32469/2007-23
A 10/8-19419/2007-3

Finanzierungsmaßnahmen öffentlicher
Verkehr

1. Programmgenehmigung Infrastruktur-
Verbesserungsmaßnahmen des
öffentlichen Verkehrs über 1,387
Mio. €

2. Änderung der Projektgenehmigung
Linie 4 von 19.409 Mio. € auf 19.271
Mio. €

3. Änderung der Projektgenehmigung HL-
AG ohne Baulos 4 (Linie 5) von 37,650
Mio. € auf 36.923 Mio. €

4. Änderung der Projektgenehmigung
Linie 6 von 20,999 Mio. € auf 20,177
Mio. €

5. Änderung der Projektgenehmigung 2.
Ausbaustufe Netzausbau Straßenbahn
Phase 1 Trassenfindung von 0,400
Mio. € auf 0,700 Mio. €

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der gegenständliche Bericht wird genehmigt.
2. Die Reduzierung der Projektgenehmigung betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 (GZ: A 10/BD-23078/03-41 bzw. A 8-8/2005-1) um 138.000,- € von 19,409 Mio. € auf 19,271 Mio. € wird genehmigt.
3. Die Reduzierung der Projektgenehmigung betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinie 5 im Rahmen der Projektgenehmigung HL-AG ohne Baulos 4 (GZ. A 10/BD – K 8/1996-46) um 727.000 € von 37,650 Mio. € auf 36.923 Mio. € wird genehmigt.
4. Die Reduzierung der Projektgenehmigung betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 (GZ. A 10/BD – 23599/2003-22 bzw. GZ. A 8-8/2005-2) um 822.000,- € von 20,999 Mio. € auf 20.177 Mio. € wird genehmigt.
5. Die Erhöhung der Projektgenehmigung betreffend die 2. Ausbaustufe Netzausbau Straßenbahn Phase 1 – Trassenfindung (GZ: A 10/BD – 32469/2007-1 bzw. A 10/8 – 14624/2007-4) um 300.000,- € von 0,400 Mio. € auf 0,700 Mio. € wird genehmigt.
6. Die Projektgenehmigung „Infrastruktur-Verbesserungsmaßnahmen des öffentlichen Verkehrs“ wird genehmigt. Der Finanzbedarf beträgt 1,387 Mio. € mit folgender Jahresaufteilung:

Jahr	Anteil in %	Betrag in €
2008	30 %	416.000,-
2009	70 %	971.000,-

7. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen und den Grazer Verkehrsbetrieben mit der konkreten Projektleitung bevollmächtigt.
8. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagstellen. Anordnungsbefugnis: Abteilung für Verkehrsplanung (A 10/8).

5) A 8 – 33054/2007-4

Kanalisierung Ernst-Moser-Weg, BA 125
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft für eine Förderung im
Nominale von €24.144,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 2/2008 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsbetrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer A800057 vom 1.4.2008, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 24.144,- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

6) A 8-29591/2007-4

Kanalisierung Rannachstraße, BA 129
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft für eine Förderung im
Nominale von €39.776,-

Der Finanz- und Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 2/2008 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer A701725 vom 1.4.2008, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 39.776,- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

8) A 8/4-33217/2007

Liegenschaft Petersgasse 67
Gst.Nr. 1900, EZ 900, KG St. Leonhard
Grundbücherliche Reallast zur
Demolierung des Totengräberhauses
zugunsten der Stadt Graz
Verzicht bzw. Löschung dieser Reallast
Antrag auf Zustimmung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 2/2008, beschließen:

Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung ihrer in EZ 900, KG St. Leonhard unter C-1a intabulierten Reallast (Demolierung des Totengräberhauses) und stimmt der Löschung zu.

Sämtliche mit der Errichtung der erforderlichen Urkunden und der grundbücherlichen Durchführung derselben verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Propstei Haupt- und Stadtpfarrkirche zum Heiligen Blut in Graz.

9) A 8/4 – 37571/2007

Koßgasse – Waltendorfer Gürtel
Auflassung aus dem öffentlichen Gut der
Stadt Graz und kostenlose Übertragung
in das Eigentum des Landes Steiermark

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Die Auflassung der Gdst.Nr. 1951/1 mit einer Fläche von 5,276 m² und 1951/3 mit einer Fläche von 2.193 m², je EZ 50000, je KG St. Leonhard, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die kostenlose Übertragung der Gdst.Nr. 1951/1 und 1951/3, je EZ 50000, je KG St. Leonhard, in das Eigentum des Landes Steiermark wird genehmigt.
3. Sämtliche für diese Übertragung erforderlichen Maßnahmen sind durch und auf Kosten des Landes Steiermark zu treffen.

10) A 8/4 – 2151/2001

Verzicht auf die Ausübung des
Vorkaufsrechtes an der
Baurechtsliegenschaft EZ 1417, KG
Straßgang, Am Leopoldsgrund 39 bzw.
Tiefgaragenanteil der EZ 1405, KG
Straßgang, durch die Stadt Graz;
Antrag auf Zustimmung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsreferent stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 2/2008, beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung ihrer in EZ 1417 und 1405, je KG Straßgang, ersichtlich gemachten Vorkaufsrechte hinsichtlich der Baurechtsliegenschaft Am Leopoldsgrund 39 und stimmt der Löschung zu.
- 2.) Herr Matthias Seiser, als künftiger Eigentümer der Baurechtsliegenschaft EZ 1417, KG Straßgang, sowie von Miteigentumsanteilen an der Baurechtsliegenschaft EZ 1405, je KG Straßgang, räumt der Stadt Graz an den Baurechtsgegenständen je ein Vorkaufsrecht gemäß § 1072 ff ABGB mit dinglicher Wirkung ein.
- 3.) Die Errichtung der erforderlichen Urkunden hinsichtlich der Neubegründung der Vorkaufsrechte sowie für die Löschung der bisherigen Vorkaufsrechte gemäß Punkt 1.) – 2.) dieses Beschlusses hat durch den öffentlichen Notar Dr. Peter Konrad zu erfolgen.
- 4.) Sämtliche mit der Errichtung der Urkunden und der grundbücherlichen Durchführung derselben verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten von Herrn Matthias Seiser.

11) A 8/4 – 50921/2004

Burgring 14,
Liegenschaft EZ 530, KG Innere Stadt,
Verkauf einer städtischen Wohnung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Der Verkauf der unter B LNR 15 – 45/1588-Anteile an der EZ 530, KG Innere Stadt, an Frau Mag. Eva Geißler, Burgring 14, zu einem Kaufpreis von € 46.786,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
2. Der Kaufpreis in der Höhe von € 46.786,- ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung zu entrichten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen beziehungsweise

Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 2.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.

3. Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichtenden Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käuferin.
4. Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käuferin.

12) A 8/4 – 31423/2007

Grenzberichtigung Rebengasse:
Flächengleicher Tausch einer ca. 33 m²
Teilfläche des Gst. Nr. 849, KG Lend
gegen das städt. Gst. Nr. 821/1, KG Lend
im Ausmaß von ca. 33 m² und
Übernahme der erstgenannten Teilfläche
in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 2/2008, beschließen:

1. Die Stadt Graz tauscht und übergibt in das Eigentum von Herrn Johann Tropper beziehungsweise seinem Rechtsnachfolger und dieser übernimmt tauschweise in sein Eigentum das Gst.Nr. 821/1, KG Lend im Ausmaß von ca. 33 m². Herr Johann Tropper beziehungsweise sein Rechtsnachfolger tauscht und übergibt in das Eigentum der Stadt Graz eine Teilfläche von ca. 33 m² des Gst.Nr. 849, KG Lend gemäß Vermessungsplan DI Kukuvec vom 14.3.2008 (GZ. 11785/2008).
2. Die Übernahme dieser Teilfläche Nr. 2 des Gst.Nr. 849, KG Lend von ca. 33 m² gemäß Vermessungsplan vom 14.2.2008 (GZ. 11785/2008) in das öffentliche Gut (Gst.Nr. 2565, KG Lend) Rebengasse wird genehmigt.
3. Die Vermessung der Tauschfläche in der KG Lend sowie die grundbücherliche Durchführung gemäß § 15 LGT erfolgt durch das Vermessungsbüro DI Kukuvec.

4. Die mit dem Grundtausch in Verbindung stehenden Kosten und Abgaben trägt Herr Johann Tropper.

13) A 8/4 – 38434/2007

Rauchleitenstraße, Gehsteigerrichtung
Kostenlose Grundabtretung einer Tfl. des
Gdst.Nr. 76/1, KG 63117 Ragnitz im
Ausmaß von ca. 282 m² in das öffentliche
Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

- 1.) Der kostenlose Erwerb einer Teilfläche des Gdst.Nr. 76/1, EZ 65, KG 63117 Ragnitz, im Ausmaß von ca. 282 m² aus dem Eigentum der 111 Werner Gröbl Rauchleiten GmbH wird aufgrund der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2.) Die Übernahme einer ca. 282 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 76/1, EZ 65, KG 63117 Ragnitz in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 3.) Die Vermessung und die Errichtung des Teilungsplanes erfolgt durch das Stadtvermessungsamt.
- 4.) Die Errichtung des Grundabtretungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten durchgeführt.

14) A 8/5 – 007597/2006-37

Nussbaumerstraße 36 – alte Sendergebäude; Nachtrag zum Unterbestandsvertrag mit der Jugend am Werk GmbH; Abgabe eines Kündigungsverzichtes auf die Dauer von 20 Jahren unter Beitritt des ORF; Übernahme anteiliger Betriebskosten für den städt. Kinderhort

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluss eines Nachtrages zum Unterbestandvertrag vom 10.1.1983 mit dem Verein Jugendamt Werk Steiermark, nunmehr Jugend am Werk Steiermark GmbH, unter Beitritt des ORF wird gemäß beiliegendem Vertragsentwurf zugestimmt.

Im Hinblick auf die vom Untermieter bis 1.7.2009 durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen am alten Sendergebäude, Nussbaumerstraße 36, verzichtet die Stadt Graz auf die Dauer von 20 Jahren ab Abschluss des Nachtrages auf eine Aufkündigung des Untermietvertrages und des Bestandvertrages mit dem ORF. Der ORF tritt dieser Vereinbarung bei und verzichtet seinerseits auf die Dauer von 20 Jahren auf eine Kündigung des Bestandvertrages mit der Stadt Graz.

Die Jugend am Werk Steiermark GmbH verpflichtet sich, bis 1.7.2009 umfassende Sanierungsarbeiten am Gebäude Nussbaumerstrasse 36 gemäß dem Maßnahmenkatalog der Kamper ZT KEG durchzuführen. Zur Sicherstellung der Arbeiten legt die Jugend am Werk Steiermark GmbH der Stadt Graz innerhalb von 14 Tagen nach Unterfertigung des Nachtrages eine Bankgarantie über € 1.000.000,- befristet bis 31.7.2009 vor.

Die Stadt Graz verpflichtet sich, künftig die anteiligen Betriebskosten für die vom städt. Kinderhort genutzten Flächen zu tragen. Der bisherige Bewegungsraum wird in einen vom Untermieter dringend benötigten Therapieraum und einen Bewegungsraum geteilt. Der Bewegungsraum wird weiterhin gemeinsam genutzt, dafür werden die jeweiligen Nutzungszeiten vereinbart.

18) A 15/855/2008

Richtlinie zur Mietförderung im Rahmen
des Gründungspakets Graz

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus stellt gemäß § 45 Abs. 2 Pkt. 25 des Statutes der Stadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Förderrichtlinie Gründungspaket Graz 2008 – 2010 wird genehmigt.

NT 1) MD-IM 299/2008-2

IT-Umsetzungsprogramm 2008;
Antrag auf Aufwandsgenehmigung über
€ 1.996.300,- AOG-Deckungsklassen
MD200 und MD201

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Europäische Integration und Menschenrechte stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz idGF. den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die Umsetzung von IT-Vorhaben 2008 mit einem Kostenaufwand von € 1.996.300,- wird erteilt. Die dazu erforderlichen Mittel finden ihre Bedeckung in den Deckungsklassen MD200 und MD201.

NT 3) A 8 – 21515/06-33

Grazer Bau- und Grünlandsicherungs
GmbH
Genehmigung eines Grundstücks-
verkaufs an der Aribonenstraße, Gst. Nr.
408/1, KG Straßgang im Ausmaß von
3,779 m²

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/19067 idF LGBl.Nr. 2/2008 iVm § 3 Punkt 2 der Generalfinanzierungsvereinbarung, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz und der GBG- Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH, beschließen:

Die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft mbH kauft unter den oben beschriebenen Rahmenbedingungen die Liegenschaft an der Aribonenstraße, Grundstück Nr. 408/1, KG Straßgang im Ausmaß von 3.779 m² um einen Kaufpreis von Euro 95,26,- pro m² somit um gesamt Euro 360.000,- zuzüglich Steuern und Gebühren.

Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Steuern und Abgaben gehen zu Lasten der Käuferin.

NT 4) A 8 – 19542/06-18

Steirischer herbst festival GmbH
Generalversammlung, 18.6.008;
Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 2/2008, beschließen:

1. Bestätigung über die Wahl von StR. Dr. Gerhard Rüsç in den AR
2. Wahl des Jahresabschlussprüfers für 2008
3. Beschlussfassung über die Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates.

NT 5) A 8/5 – 002803/2004-428

Europaplatz 20
Änderung des bestehenden
Mietverhältnisses mit der Realitas
Grundverwertung GmbH in drei Punkten
- Unechte Steuerbefreiung des
Mietzinses
- Senkung des Mietzinses und
Verzicht auf die Wertsicherung per
1.4.2008
- Verzicht auf die Ausübung der
Kaufoption
Antrag auf Zustimmung

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz verzichtet unter folgenden Bedingungen auf die Ausübung der Kaufoption für den Mietgegenstand Europaplatz 20:

1. Der Hauseigentümer senkt ab 1.1.2008 die Nettomiete für 6.003 m² von derzeit € 9.03/m² auf € 8,40/m² und für die Lagerräume von 196 m² von € 5,58/m² auf € 5.08/m².
2. Der Hauseigentümer wird mit Wirksamkeit 1.1.2007 von der Möglichkeit der unechten Steuerbefreiung Gebrauch machen und der Stadt Graz die Miete ohne Umsatzsteuer für alle Flächen, außer jenen des Kanalbauamtes, in Rechnung stellen. Die Stadt Graz verpflichtet sich, den daraus resultierenden Nachteil der Vorsteuerkorrektur für die Vorjahre und die entfallenden laufenden Vorsteuern auszugleichen und ein zusätzliches jährliches Hausverwaltungsentgelt von € 6.000 zu bezahlen. Der Stadt Graz steht künftig das Recht zu, eine abermalige Änderung der Umsatzsteuergebarung (steuerfreie und steuerpflichtige Verrechnung) im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu verlangen, wenn dies für sie Vorteile bringt, ohne dem Vermieter Nachteile zu verursachen.

Die Vereinbarung wird auf Rechtsnachfolger der Vermieterin überbunden.

NT 6) GGZ-75531/2004

Tagsatz Wachkomapatient

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag, dass mit Beschlussfassung vom 28. April 2008 in der Gesundheitsplattform Steiermark die oben beschriebenen Tagsätze für Wachkomapatienten mit 1. Mai 2008 in der adaptierten Form rückwirkend festgesetzt werden.

NT 7) Präs. 11615/2008-1

Grazer Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Schloßbergbühne KasemattenGmbH;
Nominierung der Vertretung der Stadt Graz im

- a) Aufsichtsrat;
- b) Beirat

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt in der Grazer Spielstätten Orpheum, Dom im Berg und Schlossbergbühne Kasematten GmbH werden nominiert:

- a) Als Aufsichtsratsmitglieder: Herr GR Mag. Martin Titz
Herr Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler
Herr Bernd Hadler
- b) Als Beiratsmitglieder: Herr GR Mag. Martin Titz
Herr Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler
Herr Lukas Beiglböck.

Die Tagesordnungspunkte 2), 3), 4), 5), 6), 8) 9),10), 12), 13), 14), 18), NT 1), NT 3),NT 4), NT 5) und NT 6) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 11) und NT 7) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mayr

16) A 14 K-596/1997-255

3.08 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz;
8. Änderung 2007
Beschluss

17) A 14 K-972/2007-10

3.14 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz,
14. Änderung 2007
Beschluss

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde 16) und 17) vielleicht gleich gemeinsam berichten, weil es geht hier um die Änderung im Stadtentwicklungskonzept und bei zwei Stücken auch im Flächenwidmungsplan und darüber hinaus gibt es im Flächenwidmungsplan dann auch einen dritten Beschlussbestandteil. Zunächst einmal geht es um den Bereich beim Schulzentrum St. Peter, hier wird auf Grund der neuen geschätzten Schülerzahlen im Bereich der Berufsschule eine Änderung auch von Seiten der LIG angestrebt, nämlich eine Verdichtung des Schulzentrums dort, auch ein Neubau soll errichtet werden. Im vorderen Bereich an der Plüddemangasse möchte die Schule sozusagen den Bereich nicht mehr nutzen, ergibt sich auch aus der Lärmsituation, sondern eben eine Verdichtung im hinteren Bereich abgerückt von der Plüddemangasse Richtung hin zur Petersgasse erreichen. Der vordere Teil an der Plüddemangasse könnte dann eben veräußert werden und anderweitig genutzt werden. Um das durchführen zu können, gibt es folgende Veränderung, das derzeitige Wohngebiet mittlerer Dichte, auch Sonderfläche berufsbildende Schule, soll geändert werden in allgemeines Wohngebiet im Kerngebiet, ausgenommen Einkaufszentrum und zwar auf eine Dichte von 0,5 bis 1,5, also von derzeit 0,2 bis 1,2 auf 0,5 bis 1,5. In diesem Zusammenhang hat es bereits auch einen Masterplan als Vorbereitung für einen städtebaulichen Wettbewerb und eine Umwelterheblichkeitsprüfung gegeben, die das akzeptieren konnte. Der zweite Punkt ist der Bereich des geplanten Nahverkehrsknotens in Gösting und zwar geht es hier im Konkreten um das Areal der ehemaligen Sektkellerei Kleinoscheg. Es ist also ein Entwicklungsgebiet im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsknoten und auch hier geht es um eine Änderung im 3.0 Stadtentwicklungskonzept und zwar vom derzeitigen Industrie- und Gewerbegebiet eben auch auf ein Wohngebiet mittlerer Dichte. Der dritte und vierte Punkt, den gab es zusätzlich in der Auflage für eine Änderung des 3.0 Flächenwidmungsplan und zwar die 14. Änderung. Hier gibt es zusätzlich zwei Punkte. Auf der einen Seite einmal an der Waltendorfer Hauptstraße, das derzeitige Gewerbegebiet der Firma Quitt, hier soll eine Umwidmung erfolgen in ein allgemeines Wohngebiet mit einer Dichte von 1,0 bis 1,2, früher gab es dort eben im Gewerbegebiet eine Dichte bis 1,5. Hiefür ist eben keine Änderung im

Stadtentwicklungskonzept notwendig und der vierte Punkt, der in der Auflage für den Flächenwidmungsplan war, war das Thema der Änderung des Sportgebiets, wo die Tennishalle war in Andritz. Hier gab es zahlreiche Einwendungen, das ist noch in Bearbeitung und wird derzeit nicht zum Beschluss in den Gemeinderat eingebracht. Also, ich ersuche im Sinne auch der Einstimmigkeit im Ausschuss um Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes und zwar hinsichtlich der Plandarstellung, des Erläuterungsberichts und der Einwendungsbehandlung.

Zu Punkt 16):

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1. das 3.08 Stadtentwicklungskonzept – 8. Änderung 2007 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 2 Punkten.

Zu Punkt 17):

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

1. den 3.14 Flächenwidmungsplan – 14 Änderung 2007 der Landeshauptstadt Graz gemäß den in der Verordnung, der graphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 3 Punkten,
2. die Einwendungserledigung im Sinne dieses Gemeinderatsberichtes.

***Die Tagesordnungspunkte 16) und 17) wurden einstimmig angenommen
(45 : 0).***

Berichterstatter: GR. Hagenauer

15) A 14 K-897/2005-22

Aufschließungsgebiet 06.01
Aufhebung „Baugebiet 2“
XI. Bezirk, KG. Graz Stadt-Fölling im
11.06.0 Bebauungsplan „Mariatroster
Straße – Föllingerstraße“, XI. Bezirk, KG
Graz Stadt-Fölling

GR. **Hagenauer**: Die Eigentümerin des Grundstückes Nr. 265/1 in der KG Graz Fölling im Ausmaß von 11.494 m² begehrt die Aufhebung des Baugebietes 2, um die Liegenschaft entsprechend der Ausweisung im Fläwi 2002 allgemeines Wohngebiet nutzen zu können. Im Stadtentwicklungskonzept ist der Gebietsbereich als Grüngürtellandwirtschaftlich genutzte Fläche ausgewiesen. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 16.11.2006 den Bebauungsplan Mariatroster Straße Föllingerstraße beschlossen. Die Firma Hofer KG beabsichtigt, im Baugebiet 2 eine Filiale zu errichten. Das entsprechende Ansuchen liegt der Bau- und Anlagenbehörde vor. Ein Baukonzept sieht neben dem Lebensmittelmarkt auch 22 Wohneinheiten in Einfamilienhäusern und neun Wohneinheiten in zwei Reihenhäusern vor. Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung wurden in ihrer Sitzung vom 7.5.2008 informiert. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle die Aufhebung des Aufschließungsgebiets Nr. 06.01 im Bereich des Baugebietes 2 beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (40 : 6).

Berichterstatter: GR. De Montmorency

1) Präs. 12437/2003-54

Vertretung der Stadt Graz in
Kommissionen, Beiräten, Vereinen,
wirtschaftlichen Unternehmungen;
Neuordnung

GR. **De Montmorency**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich darf berichten, dass der Stadtsenat als Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl eine neue Zusammensetzung in verschiedenen Kommissionen, Beiräten, Vereinen und wirtschaftliche Unternehmungen vornehmen muss. Der Stadtsenat hat dies vorberaten und gemäß § 45 Abs. 2 Zahl 1 und § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz ist die Überstellung der in Körperschaften, Kommissionen und wirtschaftlichen Unternehmungen, an denen die Stadt Graz beteiligt ist, zu entsendenden Vertretung der Stadt dem Gemeinderat vorbehalten, wobei gemäß § 61 Abs. 1 des Statutes die Vorberatung dem Stadtsenat obliegt. Der Stadtsenat stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle in den Punkten 1) bis 51) der beiliegenden Liste angeführten Nominierungen beschließen.

Berichterstatter: GR. Mag. Titz

NT 2) A 18 – 20081/2006-18

Grazer Stadtwerke AG –
Satzungsänderung; Richtlinien für die
Beschlussfassung in der
Hauptversammlung gem. § 87 Abs. 2 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967

Mag. **Spath**: Hier geht es um die Richtlinien für die Beschlussfassung in der Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG und um die Satzungsänderung. Es soll in der kommenden Sitzung, in der Hauptversammlung eben, sollen folgende Änderungen vorgenommen werden: Einmal eine Namensänderung, die Firma soll künftig erforderlichenfalls nach Vorliegen eines zustimmenden Gutachtens der Wirtschaftskammer gemäß § 14 Abs. 2 Graz AG anstelle bisher Grazer Stadtwerke AG heißen. Kapitalerhöhung, das Grundkapital soll aus Gesellschaftsmitteln auf rund 14.535.000,- Euro aufgestockt werden. Der Unternehmensgegenstand: Die Bestimmung betreffend Veranlagung von Geldmitteln aus dem Verkauf des Energiebereiches soll aus dem Unternehmensgegenstand eliminiert werden, da die zweckentsprechende Verwendung mittlerweile erfolgt ist. Einstimmigkeit von

Vorstandsbeschlüssen: Die betreffende Bestimmung soll entfallen, da bei einem Zweivorstand das gesetzliche Mehrheitsprinzip ohne Dirimierungsrecht automatisch das Einstimmigkeitserfordernis bewirkt.

Nächster Punkt, Wertgrenzen für aufsichtsratpflichtige Maßnahmen: Diese sollen aus der Satzung eliminiert und vom Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen entweder in der Geschäftsordnung des Vorstandes oder im Wege der Einzelbeschlussfassung aktualisiert werden. Die Zahl der Aufsichtsräte: Diese soll von derzeit höchsten acht plus vier Belegschaftsvertreter auf höchsten 12 plus sechs Belegschaftsvertreter erhöht werden und zusätzliche Spezialisten für die einzelnen Sparten des Unternehmens bestellen zu können.

Spartenspezifische Aufsichtsratsbeschlüsse: Diese sollen neu eingeführt werden und bei Einstimmigkeit für Beteiligungsagenden des Vorstandes zuständig sein. Liegt Einstimmigkeit nicht vor, geht die Entscheidungspflicht wieder an den Gesamtaufichtsrat. Diese Ausschüsse erübrigen sodann weitere Aufsichtsräte bei den Beteiligungen.

Ein generelle Dirimierungsrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der Aufsichtsratsvorsitzenden, soll für den Fall von Stimmgleichheit im Aufsichtsrat eingeführt werden. Das ist der Antrag, der eingebracht wurde auch im Finanzausschuss heute, dass die Vertreter der Stadt Graz bei der nächsten Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG ermächtigt werden, diesen Änderungen der Satzung zuzustimmen. Weiters darf ich berichten, dass im heutigen Finanzausschuss auch ein gemeinsamer Abänderungsantrag von VP und Grüne eingebracht wurde, der ebenfalls mit Mehrheit angenommen wurde. Ich darf diesen Abänderungsvertrag ebenfalls vortragen: Der Vertreter der Stadt Graz bei der nächsten Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG, Herr Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, der vorgeschlagenen Änderung der Satzung mit nachfolgenden Modifikationen zuzustimmen und die neue Fassung der Satzung laut Beilage, jedoch unter Berücksichtigung dieser Modifikationen, zu beschließen:

Modifikation 1: Der Firmenname soll statt Graz AG modifiziert in Graz AG – Stadtwerke für kommunale Dienste heißen.

Modifikation 2. Der fünfte und sechste Satz in § 12 Abs. 1 werden verkürzt und zusammengezogen und der Satz lautet wie folgt: Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das das an Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied zieht. Der dritte und vierte Satz in § 12 Abs. 5 soll entfallen.

Modifikation 3: Folgende zwei Sätze sind anzufügen: Nicht stimmberechtigte ExpertInnen können mit Zustimmung der jeweiligen Ausschussmitglieder an den Ausschusssitzungen teilnehmen, als stimmberechtigte Mitglieder kommen hingegen nur Mitglieder des Gesamtaufsichtsrates in Frage. Bei Abstimmungen ohne einstimmiges Ergebnis der stimmberechtigten Ausschussmitglieder geht die Entscheidungskompetenz des Ausschusses auf den Gesamtaufsichtsrat über, der auch jederzeit bestellte Ausschüsse wieder auflösen kann. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 2/2008, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz bei der nächsten Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG wird ermächtigt, der vorgeschlagenen Änderung der Satzung zuzustimmen und die neue Fassung der Satzung laut Beilage zu beschließen.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister! Bei den beiden Stücken handelt es sich um den wirklichen politischen Höhepunkt der heutigen Sitzung. Weil da geht es wirklich um politische Entscheidungen von größerer Tragweite, strukturelle Veränderungen, sowohl für die Stadtpolitik als auch natürlich für die in deren Eigentum, nämlich die Stadtwerke, sich unter anderem und sonstige im öffentlichen Eigentum befindlichen Gesellschaften und Unternehmungen sich befinden, nämlich im Hinblick auf die Interessenslage der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz. Deswegen würde ich bitten, trotz lauer Maienluft draußen, dass wir uns noch ein bisschen Zeit nehmen, weil das ist eine wichtige politische Frage, die wir abzuhandeln haben und ich meine bei aller Wertschätzung zum Punkt 1), dass man es sozusagen im Schnellzugtempo abhandelt oder abhandeln will. Was die Kommissionen, Beiräte, Vereine, wirtschaftliche Unternehmungen, deren Entsendungen und Vertretungen der Stadt Graz betrifft, 51 an der Zahl, so ist es zum Unterschied von dem, was wir die vier, fünf, sechs Stunden vorher behandelt haben von Stimmungslagen oder Gemütslagen oder Einstellungen oder Gewöhnungsmethoden zwischen Koalitionspartnern oder sonst war Nebbich im Vergleich zu dem, was hier am Tisch

liegt, nämlich das ist geronnene Macht. Da geht es um strukturierte Machtausübung und Vergebung von Positionen und vor allem auch um Funktionen in dieser Stadt. Und das ist ernst zu nehmen und ich unterstelle zumindest der ÖVP nach wie vor, neuerdings und immer wieder, dass sie sich über das Maß des 20. Jänner hinaus mehr Macht zuordnen oder zuordnen lässt oder zufügt an Möglichkeiten, auch die sogenannten neutralen Expertinnen und Experten oder solch neutralisierte, als es eigentlich ihren durch die Bürgerinnen und Bürger entsprechende Wahlergebnis zum Ausdruck bringen würde. Ich weiß schon, dass heute die Sitzung, und das war ein grüner Faden durch die ganze Sitzung...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Bitte nicht.

GR. **Herper:** Ja, bitteschön, Peter Hagenauer, bitteschön schon, auch wenn es dir vielleicht auf den Magen schlagen möge, aber es ist doch teilweise Unzufriedenheit, die ablesbar auch und anderen Kolleginnen und Kollegen, wenn ich so die Wortmeldungen der Kollegen Wohlfahrt, Baumann und Co Revue passieren lasse vor meinem geistigen Auge. Es ist schon nicht nur Frage, ob man sich aneinander gewöhnt und wie man sich aneinander gewöhnt bei Unterschiedlichkeiten politischer Herkunft und Einstellungen. Es geht auch darum, wie miteinander umgegangen wird, es kann ja nicht jede Gemeinderatssitzung zum permanenten Koalitionsjournfix enden. Ich glaube, das Sein bestimmt das Bewusstsein. Ich glaube dieser klassische Satz aus dem 19. Jahrhundert eines inzwischen im Orkus der Geschichte versenkten deutsch-jüdischen Philosophen ist nach wie vor Gültigkeit, nämlich in der politischen Ökonomie. Und es gilt eben so und ich bitte um Verständnis, liebe Sigi Binder, dass ich dich jetzt zitieren werde und hervorragend zitieren werde. Gilt natürlich auch als Beweis für die grüne Fraktion selbst. Nämlich der Ruf, den ihr über die letzten Jahre getönt habt, durchaus berechtigt, und ich habe viel Charme und Inhalt und Anreiz gefunden bei euren Wortmeldungen und Anträgen und Anfragen, nach mehr Transparenz und Demokratie, war halt doch mehr Schein als Sein offensichtlich, wenn man sich jetzt anschaut, wie die Wirklichkeit gespiegelt wird. Ich zitiere dich

nämlich wörtlich aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 18. September 2003, wenn du dich erinnern könntest. Den Text eines Abänderungsantrages, den du zu den Richtlinien für die 43. ordentliche Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG folgendermaßen formuliert hast: „Der Gemeinderat möge beschließen, dass bei der Entsendung der Aufsichtsratsmitglieder durch den Gemeinderat darauf zu achten ist, dass jede im Gemeinderat vertretene Fraktion mit Klubstatus zumindest mit einem Vertreter, einer Vertreterin im Aufsichtsrat vertreten ist.“ Antragstellerin war, ich habe das bereits betont, du als Klubvorsitzende der Grünen Gemeinderatsfraktion. Fünf Jahre später haben sich deine Argumente, die du damals vollmundig vorgetragen hast, unter dem Motto, die demokratiepolitische Steinzeit müsse aufgebrochen werden, so habe ich das auch verstanden, sind offenbar überrollt und überholt durch die Wirklichkeit. Und deine damalige Begründung, nur eine auf Stadtregierungsparteien beschränkte Besetzung wäre ein demokratiepolitischer Einschnitt, fiel damals wohl unter die Rubrik Märchen und Sagen, Grüne Märchen und Sagen. Nicht nur das, dein damaliger Vorwurf, man wolle dort, wo die Kartoffel besonders heiß sind, ich zitiere dich aus deinen Wortmeldungen, nicht hineinschauen lassen in die Karten, auch dies ist im Protokoll belegt, ist heute wohl berechtigter denn je. Wenn ich mir die 51 Punkte anschau, die heute zur Beschlussfassung bei Entsendungen in Aufsichtsratspositionen usw. vergeben werden und speziell jene aus den Stadtwerken, so meine ich, dass Schwarz/Grün uns heute nicht nur in die demokratiepolitische Steinzeit zurückführen, nein schlimmer noch, nämlich in die demokratiepolitische Urzeit und ihr könnt euch gemeinsam mit euren schwarzen Koalitionsbrüdern und –schwestern, wo ich der Meinung bin, ihr seid doch halbwegs über den Tisch gezogen worden, ihr dürft euch doch des demokratiepolitischen Dinosauriertums rühmen. Denn heute werden drei von fünf Stadtsenatsparteien, ich sage am Beispiel der Grazer Stadtwerke AG oder wie sie dann neu umbenannt wird, von euch, von den vorgeblichen HüterInnen der Demokratie aus dem Kontrollorgan ausgesperrt. Und dasselbe, kann ich mich erinnern, war erst vor 14 Tagen, ich war einer der wenigen Vertreter als Genossenschaftsvertreter bei der Grazer Messe, bei der Bestellung, die ja außertourlich durch einen Dringlichkeitsverfügung im Stadtsenat die Aufsichtsratsorgane bestellt wurden für die Grazer Messe, wurde mir erst richtig deutlich bei der Hauptversammlung der Grazer Messe vor 14 Tagen, als ein mir politisch nicht nahestehender, aber doch als politisches Urgestein geltender Ambros Lackner in seiner Wortmeldung anmerkte, es sei ja nicht nur unvernünftig, sondern

widerbar jeder politischen und sonstigen menschlichen Vernunft, der größte Widersinn, nicht nur die zweitstärkste Fraktion auszusperrten, sondern überhaupt politische Parteien den Stuhl vor die Tür zu setzen praktisch, die ja schließlich am Wirken und Werden und Entstehen einer neuen Messe AG im Wesentlichen beigetragen haben, das sage ich nur als Einschub, weil mir das noch im Wesentlichen in Erinnerung ist im Kopf. Als SPÖ haben wir 2003 die Auffassung vertreten, dass jede Stadtsenatspartei im Aufsichtsrat der Stadtwerke vertreten, zu sein hat. Wir halten und wir haben uns an diese Überzeugung gehalten, die KPÖ war nicht nur eingeladen, sondern auch vertreten als Stadtsenatspartei und wir halten auch an dieser Überzeugung auch heute fest. Im Gegensatz zu euch, die ihr damals als Grüne Fraktion, weil nicht im Stadtsenat vertreten, in den Aufsichtsrat gedrängt habt und ihr heute in einer unglaublichen, ich sage einmal, das ist ja fast eine Wendehalspolitik, also eine Stadtsenatspartei alle anderen Stadtsenatsparteien, mit Ausnahme eurer konservativen Zwillingbrüder und -schwestern aus dem Aufsichtsrat werfen lässt. Daher wird die SPÖ-Fraktion nur am Beispiel der Stadtwerke ganz deutlich als Beispiel für viele unter den 51 Punkten, die zur Abstimmung stehen, heute beim Tagesordnungspunkt 1) der heutigen Gemeinderatssitzung einen Abänderungsantrag einbringen, als die Zahl von der Stadt zu entsendenden Aufsichtsratsmitglieder von zwölf auf neun reduziert werden möge und sich die in Zusammensetzung an jene der Stadtregierung orientiert, was ja dem Wählerinnen- und Wählerwillen des 20. Jänner entspricht. Das hieße also, der Abänderungsantrag würde lauten: „Reduzierung der Zahl der von der Stadt zu entsenden Aufsichtsratsmitgliedern von zwölf auf neun mit dem Wahlergebnis vom 20. Jänner 2008 entsprechende Zusammensetzung, ÖVP vier Aufsichtsratsmitglieder, SPÖ zwei Aufsichtsratsmitglieder, Grüne ein Aufsichtsratsmitglied, KPÖ ein Aufsichtsratsmitglied, FPÖ ein Aufsichtsratsmitglied.“ Ich bringe diesen Abänderungsantrag zu den Stadtwerken ein. Nur um ein Beispiel zu setzen, wie wir demokratiepolitische Maßnahmen und Vorgehensweisen im 21. Jahrhundert sehen und nicht als ein Rückschritt ins nicht vorige, sondern vorvorige Jahrhundert, das ist 1848 davor. Ich habe einen zweiten Abänderungsantrag, nämlich zu einem speziellen Punkt bei den 51 Punkten, nämlich zur Helmut List-Halle. Da sind wir der Ansicht, der zweite Abänderungsantrag, dass die Helmut-List-Halle ja bekanntlicherweise, wie erinnerlich, vielleicht ist das irgendwen schon entfallen, in der Budgetverantwortung des Kulturstadtrates sich befindet, dieser aber in der Helmut-List-Hallen-Verwaltung GesmbH nicht vertreten ist. Daher stelle ich namens

der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den Abänderungsantrag, den für die Helmut-List-Halle budgetverantwortlichen Kulturstadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler anstelle von Finanzstadtrat Univ.-Doz. Dr. Gerhard Rüscher als Eigentümerversorger in der Generalversammlung zu nominieren. Ich freue mich ja zumindest, dass der für die Eigentümerversorgerung und als zuständiger Referent der Stadtsenatsfraktion, der Finanzreferent und Beteiligungsreferent, nun auch Gott sei Dank eingetroffen ist und an dieser wichtigen Abstimmung auch teilnimmt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem diese zwei Stücke jetzt gemeinsam behandelt werden, möchte ich auch zu beiden Stücken Stellung nehmen. Zum Stück 1), Vertretung der Stadt Graz in Kommission, Beiräten, Vereinen, wirtschaftlichen Unternehmungen möchte auch unsere Fraktion einen Abänderungsantrag einbringen. Die Stadt Graz hat in den letzten Jahren auf Grund von Ausgliederungen und der Gründung von Gesellschaften wesentliche städtische Aufgabenbereiche und auch städtisches Vermögen ausgelagert und das betrifft insbesondere im Wesentlichen zwei Gesellschaften der Stadt.

Mit der Umwandlung der Grazer Stadtwerke in die Grazer Stadtwerke AG sind viele Bereiche wie zum Beispiel Energie und öffentlicher Verkehr unter anderem nicht mehr im direkten Einfluss des Gemeinderates. Auf die Tarifgestaltung der Grazer Verkehrsbetriebe wurde somit komplett verzichtet. Der Gemeinderat wird ausschließlich für diverse Finanzspritzen und Zuschussleistungen benötigt, jedoch wesentliche strategische Entscheidungen des Unternehmens werden in den Stadtwerken selbst und im Speziellen im Aufsichtsrat entschieden.

Uns geht es aber nicht nur um die Grazer Stadtwerke, sondern auch um die GBG. Mit Gründung der GBG, der Grazer Bau- und GrünlandgesmbH wurden in mehreren Tranchen fast alle Liegenschaften der Stadt Graz in diese Gesellschaft ausgegliedert und mit Krediten belastet, die letztendlich die Stadt mit Rückmietungen finanzieren muss. Auch in dieser Gesellschaft werden künftig wichtige Bereiche der Stadt entschieden, wie zum Beispiel, wie und wozu Grundstücke der Stadt verwendet werden in Zukunft.

Um eine vernünftige Stadtentwicklung in Bezug auf Lebensqualität in Graz zu gewährleisten, wird nicht immer nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden können, wie es eben in diesen Gesellschaften üblich ist. Erholungsflächen und Grünraum werden niemals Gewinne abwerfen, sind jedoch für ein gutes Leben in der Stadt unerlässlich.

Da in Zukunft viele Probleme wie zum Beispiel der öffentliche Verkehr, leistbares Wohnen, eine vernünftige Stadtentwicklung, Feinstaub und Luftgüte, Erholungsräume, Soziales und vieles mehr in der Stadt gemeistert werden müssen, ist eine breite Information und Diskussionsmöglichkeit in allen Bereichen von äußerster Wichtigkeit.

Nur Entscheidungen, die durch eine breite Mehrheit im Gemeinderat und unter Einbeziehung der Bevölkerung zustande kommen, können für die Stadt in Zukunft von Vorteil sein.

Ausgrenzung von einzelnen Fraktionen aus den Aufsichtsräten in der Grazer Stadtwerke AG, oder wie die in Zukunft heißen wird, und der GBG tragen dazu bei, Unsicherheit und das Gefühl der Geheimniskrämerei zu schüren und die Sachpolitik in unserer Stadt hintanzustellen, die wir alle unseren Wählern schuldig sind.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Abänderungsantrag zu diesem Stück: „In die Aufsichtsräte der Grazer Stadtwerke AG und der Grazer Bau- und Grünland GesmbH, als für die Belange der Stadt besonders wichtige Gesellschaften, sollen mindestens eine oder ein Vertreter oder Vertreterin eines jeden Gemeinderatsklubs entsandt werden. „Deshalb sollen die Punkte 7 und 9 der Beilage in diesem Sinne abgeändert werden. Das wäre zu diesem einen Stück, und natürlich auch zu der Satzungsänderung wäre von unserer Seite folgendes zu sagen: Gerade die Grazer Stadtwerke waren in der Vergangenheit immer wieder in den Schlagzeilen und sind auch heute wieder ein entscheidendes politisches Thema. Ging es vor Jahren um die Ausgliederung, kurz darauf um den Verkauf des Energiesektors, dieser wurde später laut Aussagen des Ex-Vizebürgermeisters Walter Ferk hier im Gemeinderat als Irrtum hingestellt und sogar ein Rückkauf angedacht. Parallelen sehen wir heute auch bei der ESTAG zum Beispiel. Die KPÖ hat bereits davor vehement vor den Auswirkungen gewarnt, aber was weg ist, ist weg und kaum beziehungsweise nur unter großen finanziellen

Belastungen wieder rückgängig zu machen. Jetzt ist eine neuerliche Umstrukturierung der Stadtwerke AG geplant. Wie das jedoch vor sich geht ist für die KPÖ äußerst unakzeptabel und kann niemals unsere Zustimmung finde. Sollen doch weitere Bereiche der Kommune wie die Wirtschaftsbetriebe und der Kanal ausgegliedert werden. Hieß in der Vergangenheit und auch heute wieder, bei Ausgliederungen und Vergesellschaftungen, es bleibt ja ohnehin alles zu 100 % in städtischer Hand. Dafür gibt es ja Aufsichtsräte als Kontrolle und als Verbindungsglied zum Gemeinderat. So werden jetzt auch die Aufsichtsräte ohne Scheu von Schwarz/Grün umgefärbelt und alle anderen haben keine Informationen mehr. Der Gemeinderat wird zunehmend entmündigt und entmachtet. Die wirklichen Entscheidungen fallen im Aufsichtsrat ohne Diskussionsmöglichkeit im Gemeinderat. Mit minimalen Informationen über den Beteiligungsausschuss soll bloß das Gesicht gewahrt bleiben. Von den langjährigen Forderungen der Grünen, und da hat sich Karl-Heinz Herper schon ausgedrückt, alle Fraktionen sollen in den Aufsichtsräten vertreten sein, will man jetzt plötzlich nichts mehr wissen. Der Gemeinderat hat in Zukunft keinen Einfluss mehr auf die Preisgestaltung von Gebühren wie zum Beispiel Kanalgebühren, Müllgebühren, wir sehen es auch schon jetzt bei den Bäderpreisen, Eintrittspreisen, wie schwierig eine Änderung für den Gemeinderat ist und vor allem, wir haben keinen Einfluss mehr, in welche Richtung unsere Beteiligungen marschieren werden. Verkäufe von bestimmten Wirkungsbereichen sind damit nicht ausgeschlossen. Wir fordern daher eine umfassende, offene Diskussion über die Reform der Stadtwerke AG im Gemeinderat. Wenn die Richtung klar ist, können Satzungen noch immer geändert werden. Aber mit vorheriger Beschlussfassung dieser Satzung der Stadtwerke AG bekommt in diesem Fall eine Partei, und zwar die ÖVP, uneingeschränkte Rechte und Handlungsmöglichkeiten. Auch wenn heute zugesichert wird, dass es keine Privatisierungen geben wird, scheint eine absolute Alleinherrschaft einer Partei doch mehr als fraglich. Die kommunalen Einrichtungen und das Vermögen der Stadt darf nicht zum Spielball einer einzigen Partei werden. Sie können auch nicht ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, dafür bedarf es in einer Kommune etwas mehr. Die KPÖ wendet sich entschieden gegen Ausgliederungen von öffentlichem Eigentum in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Kugelschreiber schon gezückt für mögliche Ordnungsrufe. Hoher Gemeinderat! Was ich an der ganzen Diskussion nicht verstehe ist, warum man eigentlich nicht in der Lage ist, aus der Vergangenheit zu lernen. Warum man nicht sich das zu Gemüte führt, was die letzten Monate passiert ist, wenn man Politiker, wenn man Menschen aus dem politnahen Bereich auf die Privatwirtschaft oder zumindest auf eine halbe Privatwirtschaft loslässt. Seit Monaten vor dem Wahlkampf, über den Wahlkampf hinaus und bis vor wenigen Wochen hat gerade die Grazer Stadtwerke AG eine unerträgliche Diskussion begleitet, die dem Unternehmen nicht würdig war, die den Mitarbeitern nicht würdig war und die schlussendlich ein Schaden für die Stadt war. Die Grazer Stadtwerke AG sind ein sensibler Bereich für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, denn sie sind die Anlaufstelle bei allen Problemen, Gas, Strom, Verkehrsbetriebe, die Grazer Stadtwerke sind ein Großteil der öffentlichen Verwaltung und stellen daher, wie gesagt, einen hochsensiblen Bereich da, mit dem man vielleicht vieles machen kann, ihn aber sicherlich nicht weiterhin vor den parteipolitischen Karren spannen darf. Und das, was mich von den beiden Vorrednern der SPÖ und der KPÖ unterscheidet ist, dass ich überhaupt der Meinung bin, dass Politiker in diesem Unternehmen für alle Zukunft nichts mehr verloren haben. Ich bin der Meinung, dass in diesem Aufsichtsrat Experten sitzen sollten, parteifreie Experten sitzen sollten, die durch Unvereinbarkeitsklauseln gebunden sind, kein politisches Mandat zumindest die letzten fünf Jahre ausgeübt haben dürfen oder zumindest ausüben. Bin der Meinung, dass das Experten sein sollen, die sich auch der Auswahl dieses Gemeinderates stellen sollten. Ich bin der Meinung, dass bei der Bestellung von Aufsichtsräten nicht nur durchaus, sondern oberste Prämisse strenge Unparteilichkeit, Erfahrung, Leistung und Qualifikation stehen sollte und ich kann der ÖVP einen kleinen Ausflug in die sogenannte ÖIAG nicht ersparen, in der ÖIAG ist als Aufsichtsratsvorsitzender auch nicht der Herr Grasser drinnen gesessen und es sitzt auch nicht der Herr Molterer drinnen und der Aufsichtsratsvorsitzende der AUA ist auch nicht ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung und auch kein Politiker, sondern das sind Experten.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Vielleicht gibt es deswegen Probleme?

GR. **Grosz:** Möglich, hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass man leider Gottes den anderen Fehler gemacht hat, dass man dort Vorstandsdirektoren parteipolitisch besetzt hat. Überall, wo ein Roter sitzt, taucht ein Schwarzer auf als Beiwagerl und umgekehrt und das was wir jetzt in Graz erleben ist, dass man zwar mit dem Ticket, mit dem Trittbrett der Vergangenheit, jetzt meint für die Zukunft etwas zu ändern, aber de facto die gleichen Fehler macht, die in der Vergangenheit schon zu Missmut der Politik, aber auch zu Missmut der Bürgerinnen und Bürger geführt hat. Man entsendet in den Aufsichtsrat amtierende Regierungsmitglieder, man entsendet Politiker, anstatt durchaus den hehren Zielen der Grünen nach mehr Demokratie und Kontrolle Folge zu leisten. Kontrolle, Experten, unabhängige Experten, Schlagwörter im Übrigen nicht nur der Grünbewegung, sondern auch der Freiheitlichen, aber auch des BZÖ, die letzten Jahre immer gewesen. Dass man zusätzlich noch den Aufsichtsrat noch aufbläht, um es offensichtlich besser teilen zu können, dass die Schwarzen ja keinen irgendwo abgeben sondern ganz im Gegenteil, den einen oder anderen noch als Zuckerl dazu bekommen und die Grünen auch ein wenig zufrieden sind und daher überhaupt hergeht, nur damit man parteipolitische Wünsche befriedigt, auch noch den Aufsichtsrat aufzublähen, das halte ich für einen wirtschaftlichen Unsinn, das halte ich für absolut unnötig. Wir sollten aus der Vergangenheit lernen, wir sollten aus den Ereignissen der politischen Einflussnahme auf die Stadtwerke AG lernen und wir sollten durchaus einen neuen Weg beschreiten, einen Weg, wo wir das Unternehmen, und da stimme ich der KPÖ zu, im Eigentum der Stadt belassen selbstverständlich und es nicht zulassen, dass hier nur ein müder Fingernagel verkauft wird oder weggegeben wird. Ich bin der Meinung, dass wir hier den Weg gehen sollten, den im Übrigen viele andere Städte, der Bund, Länder zumindest, wenn sie ordentlich geführt sind, auch gehen, dass man unabhängige Experten in dieses Gremium schickt und den Weg auch fortsetzt einer Entpolitisierung so wesentlicher Bereiche, wie es in Graz die Stadtwerke sind. Und in diesem Zusammenhang bringe ich daher folgenden Abänderungsantrag ein: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: „Der Gemeinderat der Stadt Graz fasst den Grundsatzbeschluss, dass vor der Entsendung neuer Aufsichtsräte in die Grazer Stadtwerke AG, beziehungsweise möglicher Rechtsnachfolger, verpflichtende Hearings durch den Gemeinderat durchzuführen sind. Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt für Aufsichtsräte der Stadt eine Unvereinbarkeitsklausel, wonach entsandte Aufsichtsräte der Stadt Graz nur Personen werden dürfen, die über ausreichend festgestellte Qualifikation verfügen

und keinerlei politischer Tätigkeit die letzten fünf Jahre vor ihrer Bestellung nachgegangen“ sind oder nachgehen. Personalvertreter sind selbstverständlich von dieser Unvereinbarkeitsregel ausgenommen, so na. „Die Vertreter der Stadt Graz bei der nächsten Hauptversammlung der Grazer Stadtwerke AG werden ermächtigt, die nunmehr vorgeschlagene neue Satzung nur unter folgenden Änderungen zu beschließen: Kapitel II Abs. B § 10 Absatz 1 lautet, Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens acht Mitgliedern ohne Einrechnung der im Aufsichtsrat gemäß § 110 Abs. 1 zu entsendenden höchstens vier ArbeitnehmervertreterInnen.“ Ich ersuche um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 21.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie der Kollege Herper schon gesagt hat, ist es zwar schon sehr spät heute, aber ich glaube, dass wir eben für dieses wichtige Thema, das sich wahrscheinlich noch über die gesamte, zukünftige Gemeinderatsperiode ziehen wird, heute auf jeden Fall ausführlich sprechen müssen. Seit Wochen kann die interessierte Öffentlichkeit, können die Gemeinderäte, die nicht dem erlauchten Kreis der schwarz/grünen Koalition angehören nur über die Medien mitverfolgen, was denn da so alles im Bereich der Grazer Stadtwerke AG geplant sein könnte. Da ist von Umstrukturierungen zu lesen, da ist von einem Holdingmodell zu lesen, unter dessen Dach die einzelnen Bereiche künftig als mehr oder weniger selbstständige Gesellschaften agieren sollen. Was für mich ein bisschen befremdend war, war ein Zeitungsbericht, wo unser Bürgermeister, der jetzt leider nicht da ist, aber er kann es dann im Protokoll nachlesen, wo unser Bürgermeister verkündet hat, dass er das Unternehmen verändern muss, weil dort ja der Betriebsratsvorsitzende sozusagen das Sagen und die Macht hat und da frage ich mich schon, ob unser Herr Bürgermeister, wie es Herr Stadtrat Riedler heute ausgedrückt hat, ob er seine Autorität verloren hat. Ich habe eher so den Eindruck, er zweifelt an seiner eigenen Autorität und er traut sich selber vielleicht nicht mehr zu. Weil ich glaube nicht, dass

es notwendig ist, wenn es wirklich nur daran liegt, dass ein Betriebsratsvorsitzender jetzt zuviel zu reden hat, dass man deshalb irgendeine Umstrukturierung machen muss, weil da gibt es ein Arbeitsverfassungsgesetz, wo Rechte und Pflichten von Betriebsräten sehr genau geregelt sind und ich bin selbst Betriebsratsvorsitzender in einem Unternehmen mit 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ich glaube, das kann man sicher sehr leicht auf andere Art und Weise lösen. Was mich auch sehr betroffen gemacht hat, ist die Tatsache, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch die Belegschaftsvertretung bisher genauso wie die meisten auch hier im Gemeinderatssaal, im Ungewissen gelassen werden und ich erlebe es jetzt in meinem eigenen Unternehmen, wir sind derzeit auch sehr stark von der Politik diskutiert und von Umstrukturierungen betroffen, von ungewissen Umstrukturierungen, wo wir die Botschaften auch nur in der Zeitung lesen und täglich andere Botschaften lesen, dass diese Verunsicherung zu einer starken Demotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt und letztendlich sogar krank macht. Ich glaube, jeder der einmal so etwas mitgemacht hat, weiß, dass Veränderungen zwar meistens nicht angenehm sind, oder für manche nicht angenehm sind, dass aber, wenn der Weg ungefähr bekannt ist und das Ziel vor allem bekannt ist, dass man dann schon leichter damit umgehen kann als in einem Zustand, dass man immer nur täglich neue Botschaften liest und vielleicht um seinen Arbeitsplatz zittern muss. Da ist ein Umgehen miteinander, das man, glaube ich, relativ rasch abstellen muss und ich glaube, dass es wichtig ist, dass Unternehmensführung zukünftige Aufsichtsräte die Stadt Graz jetzt in Form des Bürgermeisters als Vertreter dort, auch die Mitarbeitervertretung und die Mitarbeiter mit ins Boot holt. Dass die Verunsicherung nicht ganz unberechtigt ist, glaube ich, kann man auch aus der Vergangenheit belegen. Der damalige Beteiligungsreferent, unser jetziger Bürgermeister und zukünftige Aufsichtsratsvorsitzende, hat ja schon einmal versucht, für das Grazer Wasser einen strategischen Partner aus Frankreich zu bekommen und damals, glaube ich, ist es auch nur durch den öffentlichen Druck, durch den Druck der Belegschaftsvertretung, wahrscheinlich auch des Gemeinderates, gelungen, das zu unterbinden. Was nicht gelungen ist, war die Privatisierung des Energiebereiches. Dass angesichts dieser Dinge die Verunsicherung groß ist, ist, glaube ich, klar. Jetzt wird ohne jegliche Kosten und betriebswirtschaftliche Potentialanalyse, ohne den kleinsten Hinweis auf die zukünftige kommunalpolitische Funktion des Unternehmens einmal eine Satzungsänderung vorgelegt, soll eine Namensänderung vollzogen werden und wie der heutige Abänderungsantrag im Ausschuss gezeigt hat, scheint

sich die Koalition da auch nicht ganz einig zu sein, wohin der zukünftige Weg gehen soll. Also ich glaube noch fester, dass die grüne Fraktion durchaus positive Ziele hat, bin aber auch felsenfest davon überzeugt, dass zumindest einige Strategen in der ÖVP sicher andere Ziele haben, die sich nicht mit der Mehrheit in diesem Gemeinderat und wahrscheinlich auch nicht mit der Mehrheit in der Grazer Bevölkerung decken und dieser Streit, auch um den Namen Graz AG oder jetzt Graz AG Stadtwerke für kommunale Dienste, weist ja schon darauf hin, dass man da auch im Vorfeld schon intensiv darüber diskutiert hat, wohin der weitere Weg gehen soll. Was die Satzungsänderung ermöglicht, haben wir heute ja zum Teil schon gehört, es werden die Aufsichtsräte neu besetzt. Im Gemeinderatsantrag steht drinnen, dass die Ausweitung von acht auf zwölf deshalb möglich ist, um eben Expertinnen und Experten zusätzlich hineinzuholen, wenn man sich die Liste der Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte anschaut, dann frage ich mich, was da jetzt anders ist im Bereich dieser Expertinnen und Experten. Im Endeffekt ist eben nur ein Aufteilen auf zwei Fraktionen, es sind bekannte Namen aus der Politik dort mit dabei, und ich glaube, wie es heute schon in den Abänderungsanträgen beantragt wurde, dass es in jeder Fraktion, die in diesem Gemeinderat vertreten ist, wahrscheinlich auch Expertinnen und Experten gibt, oder zumindest fast in jeder Fraktion, die diese Funktion auch genauso gut und genauso gewissenhaft erfüllen könnten und wir hätten die Möglichkeit, die Kontrollrechte des Gemeinderates auch im Aufsichtsrat mitleben zu lassen. Was auch sehr gestört hat, war in der öffentlichen Diskussion der Missbrauch der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretung, dass man sie quasi in ein parteipolitisches Eck gestellt hat. Ich möchte da auch mit aller Deutlichkeit festhalten, Betriebsrätinnen und Betriebsräte werden alle vier Jahre gewählt, sie treten vielleicht für eine Fraktion an, sie haben aber unabhängig ihr Mandat zu erfüllen und werden sonst auch nicht wieder gewählt. Also diese Punzierung zu sagen, aber wir machen zwölf Aufsichtsräte und Aufsichtsrätinnen der Kapitalvertreter und da sind dann eh sechs Belegschaftsvertreter und Belegschaftsvertreterinnen dabei, die sind eh alle rot oder so, ich meine, dagegen verwehre ich mich auf das Schärfste. In Wahrheit ist es so, dass es jetzt in Zukunft, wenn sich nicht noch rasch was tut, nur mehr Schwarz/Grün im Aufsichtsrat geben wird. Ich hoffe, dass die Medien und die Öffentlichkeit dann diesem Aufsichtsrat auch sehr genau auf die Finger schauen werden. Es wird hoffentlich nicht dazu kommen, aber es ist zu befürchten, dass es Umfärbelungsaktionen geben wird. Der Weg zeichnet sich eh schon ein bisschen ab, bei einzelnen Medienberichten, es sind einzelne Persönlichkeiten aus den Grazer

Stadtwerken eh schon angepatzt worden, das kennen wir auch, zuerst medial ein bisschen anpatzen, dann ein bisschen nachsetzen und dann vielleicht zum Rücktritt bewegen und absetzen. Ich hoffe nicht, dass dieser Weg, der sich da ganz leicht abzeichnet, fortgesetzt wird, wenn wird unsere Fraktion sicher dementsprechend darauf hinweisen und dagegen auftreten. Wenn ich mir das anschau, was derzeit im Land passiert, vor Augen führe, wo die ÖVP-Fraktion ja im KAGES-Bereich sich furchtbar aufregt, was da denn passiert, glaube ich, den Spaß mache ich mir vielleicht noch einmal, könnte in einer der nächsten Diskussionen wahrscheinlich die Rede vom Klubobmann Drexler hernehmen und da eins zu eins mit seinen Argumenten wahrscheinlich unsere Positionen vertreten. Also man sieht, dass je nach Ebene und je nach Machtverhältnis offensichtlich der Zugang zur Sachlichkeit sehr flexibel ist. Eine Befürchtung gibt es von meiner Seite auch noch, wenn man anschaut die Spartenausschüsse, die geplant sind, dass da Expertinnen und Experten mit hineinkommen sollen, unabhängige, dann hoffe ich, dass die wirklich unabhängig sind und dass es nicht irgendwelche befreundete Expertinnen und Experten sind, sage ich einmal, die ihr Mitarbeiten in diesen Ausschüssen dazu nutzen, sich ein Bild zu machen, was denn bei diesem neuen Unternehmen besonders lukrativ wäre oder nicht lukrativ ist, weil es ist schon eine Befürchtung da, dass die Gewinnbereiche, gibt es schon ein schönes Modewort, Private Partnership, mit Privaten geteilt werden und die Verlustbereiche der Stadt alleine überlassen werden. Also da glaube ich, muss man ein sorgsames Auge darauf werfen. Was mich auch interessieren würde, sind die Kosten, die diese Umstrukturierung verursacht, ob man sich da schon Gedanken gemacht hat, wir haben heute im Ausschuss gehört, für die Stadt Graz sind keine oder minimale Kosten entstanden. Kosten werden aber mit Sicherheit für die Grazer Stadtwerke AG, oder wie die Gesellschaft einmal heißen wird, Graz AG – Stadtwerke für kommunale Dienste, damit ich es jetzt richtig sage, was da für Kosten entstehen werden, weil ich gehe davon aus, dass eben der Herr Professor Nitsche sicher nicht kostenlos arbeiten wird, ich gehe davon aus, wenn ich jetzt die Marke und den Namen ändere, dass da auch erhebliche Marketingkosten mit dazukommen werden, um die ganzen Logos und, und, und umzustellen. Ich glaube, dass das in dieser Größe und dieser Dimension sicherlich nicht billig sein wird, ich glaube, dass der Gemeinderat und die Ausschüsse des Gemeinderates einmal ein Anrecht darauf haben, diese Zahlen auch auf dem Tisch zu haben. Es stellt sich die Frage für mich, welche höheren Betriebsleistungen mit der Umbenennung des Konzerns verbunden sind, es stellt

sich die Frage, ob nun neben Martin Zechner, der bisher den Aufsichtsratspräsidenten Wustinger beraten hat, vielleicht noch andere Berater jetzt aus dem Nahbereich der ÖVP bei dieser Umstrukturierungen ein gutes Geld verdienen können, Frau Claudia Pawe zum Beispiel, die den Wahlkampf gemanagt hat, hat sich vielleicht auch eine Belohnung verdient, ich weiß es nicht. Wichtig ist auf jeden Fall, wie hoch sind die Gesamtkosten dieses Vorhabens, wo ist der Nutzen, dann ist auch noch die Frage für mich, was ist dieser neue Bereich im Unternehmensgegenstand Immobilienverwaltung, deutet es darauf hin, dass man zukünftig vielleicht die Absicht hat, die Grundstücke, die die Stadtwerke noch haben, zu verwerten, daraus noch ein Geld zu machen, um vielleicht die sehr ambitionierten Wahlversprechungen, die die Koalition abgegeben hat, zu finanzieren? Wie kann garantiert werden, dass eben die ExpertInnen, die mit dazukommen sollen, unabhängig sind und wie kann man garantieren, und das ist für mich das wichtigste, dass vor allem in den Bereichen der kommunalen Daseinsversorgung, also vor allem jetzt Wasser, Kommunikation usw. keine weiteren Privatisierungsschritte mehr dazukommen und wie kann man garantieren, nachdem dieser Punkt auch aus der Satzung herausgenommen wurde, dass die Geldmittel, die es aus dem Energiebereich und Verkauf noch gibt, dass die weiter zweckgewidmet, für den Zweck, der bisher festgeschrieben war, auch weiter verwendet werden? Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich mit dem Thema befasst worden bin, habe ich mir als Erstes die Frage gestellt, sprechen wir, wenn wir von unserem Heimatland, von der Republik Österreich sprechen, von einer Österreich AG? Ich denke nicht, die meisten von uns nicht, auch wenn den einen oder anderen medial schon irgendwelcher Publikationen einmal genannt haben. Die Bezeichnung Graz AG erscheint mir völlig unpassend zu sein, ich habe das auch im vorletzten Finanzausschuss erläutert, weil Graz einfach mehr ist als eine Kapitalgesellschaft. Graz hat viel zu tun mit unserer Heimatstadt, mit dem Flair, mit der Architektur, mit unseren Erlebnissen, die man vielleicht von Jugend an in Graz gehabt hat, von den sozialen Beziehungen, die wir in Graz haben, von der Ausbildung, die wir hier genossen haben oder genießen können, von der Arbeitsumwelt, die wir hier vorfinden, Gott sei Dank, sehr viele können in Graz

arbeiten und alles das zusammen macht so etwas, neben der Kultur und Geschichte natürlich, so etwas Identität aus. Und Identität ist ganz wichtig und es erscheint mir natürlich sinnvoll, dass natürlich jedes Unternehmen auch nach Identität sucht, nur dies mit dem Begriff Graz wirklich zu versuchen, das abzukupfern, das ist einfach zu transformieren in eine Kapitalgesellschaft, erscheint mir völlig unpassend, ist aber vielleicht auch ein Ausdruck unserer Zeit. Aber ich bin dennoch dankbar, dass meine Anregung im letzten, jetzt inzwischen vorletzten, Finanzausschuss insofern aufgenommen worden ist, dass man zumindest eine Ergänzung der Graz AG mit „Stadtwerke für kommunale Dienste“ übernommen hat, das war ja ursprünglich nicht vorgesehen. Es ist eine Besserung des Namens, aber keine zufriedenstellende. Zum Inhalt dessen kann man natürlich sagen, dass die Satzungen, die da vorgelegt werden, natürlich nicht ohne, sage ich einmal, den politischen Willen zu betrachten sind, den jetzt der schwarz/grüne Pakt sozusagen über Graz, Graz leidet unter diesem schwarz/grünen Pakt, sozusagen mit diesen Satzungen anrichtet, die Satzungen sind natürlich ein Hilfsmittel, ein gut eingesetztes Instrument und die politische Intention sozusagen Herrscher über diesen sehr, sehr wichtigen kommunalen Bereich, der sehr wesentliche Grundlagen für die Daseinsvorsorge für jeden einzelnen Grazer sozusagen liefert, mit Energie, mit Wasser, mit Strom etc. ermöglicht und das muss man natürlich sehen und da kann man sich nicht einfach darauf berufen zu sagen, na ja, aus, den hier einfach diese neue Koalition in Graz sozusagen verordnet hat oder verordnen möchte.

Zwischenruf StRin. Kahr: Energieverkauf ist auch mit den Stimmen der FPÖ beschlossen worden.

Mag. **Mariacher**: Das mag sein, das dürfen Sie mir nicht vorhalten, weil ich war damals nicht dabei. Da denke ich schon, dass es da eine persönliche Verantwortung gibt und keine Sippenhaftung. Des Weiteren ist natürlich, dass man anschauen muss, und da bin ich durchaus beim Klubobmann der SPÖ, beim Karl-Heinz Herper, der sozusagen mit der demokratiepolitischen Komponente sich an die Zeit der

Dinosaurier erinnert hat und es scheint so, als hätte er sozusagen meine Gedanken gelesen, weil ich habe mich auch an das demokratiepolitischen Paläozoikum zurückerinnert, wo ich nämlich gerade diese noch, sage ich einmal, geschichtliche Urpartei der Grünen, wie es oft angeschnitten worden ist, Demokratieausbau, Kontrollrechte, Transparenz jahrein/jahraus trompetet hat und schwupdiwupp, kaum ist er an der Macht angelangt, einfach alles über Bord wirft und wie ein machtgeiler, sage ich einmal, Tyrannosaurus Rex im Grund alle Macht an sich reißt und alles das vergisst, was er vorher versucht hat, sich irgendwie sozusagen anzueignen an Identität, an politischer Identität, und jetzt sich völlig da sozusagen einen Lebensrhythmus quasi gibt, der, sage ich einmal, in Richtung der nächsten Wahlniederlage angelangt ist und es ist für mich überhaupt kein Wunder, das ist ja nicht nur ein Grazer Phänomen, das haben wir ja in ganz Österreich gehabt, man denke an den EU-Reformvertrag, wo die Grünen genauso umgefallen sind. Wir haben es ja bei einigen Abstimmungen ja auch erlebt, wo sie ihre eigene Position, die sie noch vor ein/eineinhalb Jahren trompetet haben, einfach aufgegeben haben. Aber ich möchte auch auf einige ganz, sage ich einmal, pragmatische Dinge eingehen, die ich hier an Fehlentwicklungen greifen. Wenn man sich die Besetzung des Aufsichtsrates anschaut, der jetzt erweitert werden soll auf zwölf Mitglieder, der Eigentümerversorger, die sechs Belegschaftsvertreter sollen ja erhalten bleiben, dann sieht man hier, dass wir hier ein Kollegialorgan haben von 18 Mitgliedern, das in jedem betriebsorganisatorischen Konzept deutlich über einer Leitungsspanne liegt, wo man eigentlich mehr dann zerredet, hinterfragt oder was auch immer, wo man eigentlich schwer richtig arbeiten kann. Das ist einfach so und das kann man in jedem normalen betriebsorganisatorischen Grundlagenbuch nachlesen. Dass man hier hinsichtlich der demokratiepolitischen Komponente glaubt, dass man sozusagen einen großen Teil der Bevölkerung allein in den demokratiepolitischen Kontroll- und Informationsrechten einfach kappt, indem man ihnen gar nicht diesen Zugang zu den Informationen belässt und einfach versucht, so wie es passiert ist, einfach zu sagen, na ja, ihr kriegt eh vierteljährlich eine Information im Beteiligungsausschuss und da müsst ihr euch Genüge geben und dann könnt ihr vielleicht eine Zahl irgendwann einmal nachfragen, wenn es eh schon nicht mehr wahr ist, dann kann das nicht im Sinne der Grazer Wählerinnen und Wähler sein und auch der Grazer Bürgerinnen und Bürger, die ja sozusagen indirekt über ihr Wahlrecht Eigentümer sind, aber gleichzeitig auch sozusagen der Empfänger der Leistung und die wollen, dass das alles ordnungsgemäß und seriös abgeht. Und das sage ich einmal den

Oppositionsparteien, auch wenn sie, sage ich einmal, formal auf Grund des schwarz/grünen Paktes auch in der Stadtregierung sitzen, es sicher nicht unterstellen, dass man dieses gewährtes, derzeit ja nicht präsent es demokratiepolitisches Recht per se von vorneherein einmal missbraucht, indem man sozusagen querschiff gegen jeden vernünftigen Vorschlag, der von Schwarz/Grün kommt. Und ich verstehe es auch von Seiten der ÖVP, Herr Bürgermeister ist leider jetzt nicht da, anscheinend ist ihm die Debatte nicht wichtig genug, dass er nicht aus den Erfahrungen lernt oder anscheinend zuwenig akkordiert mit seinen parteiinternen Kollegen auf Landesebene, die genau unter diesem Phänomen, nämlich nicht dieses Informationsrecht zu besitzen, ich denke an die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft, die nicht dort im Aufsichtsrat drinnen sind, weil sie eben vorzeitig das Handtuch geworfen haben und jetzt händeringend wieder in die alte Position gerne rückkämen, wenn sie könnten, aber sie können nicht, dass man jetzt den anderen Fraktionen, die nicht in diesem schwarz/grünen Pakt drinnen sind und die auch weiterhin bereit sind, unabhängig für Graz und die Grazer Bürger zu arbeiten, dass man denen dieses Information- und Kontrollrecht vorenthält. Es wäre sowieso nur ein Minderheitenrecht, da geben wir uns ja keiner Illusion hin, aber das steht jeder Fraktion, die im Gemeinderat sitzt, zu, ich werde diese Position auch vertreten, vielleicht auch in ein paar Jahren, wenn man auf der anderen Seite der Macht sitzen sollten. Der Wähler wird das entscheiden. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also meine Damen und Herren, das Stück oder die Stücke, die uns heute vorgelegt werden, sind tatsächlich Stückwerk, sie sind ein Pfusch in vieler Hinsicht, schlecht ausgearbeitet, schlecht vorbereitet, sonst wäre es auch nicht notwendig gewesen, dass man mit einem Abänderungsantrag im letzten Moment noch etwas verändert. Zum Beispiel den Titel der neuen Gesellschaft, den Namen der neuen Gesellschaft, den musste man deshalb ändern, weil er nicht eintragungsfähig war. Im letzten Stück, das wir ja zurückgestellt haben, zum Glück, weil sonst wäre uns diese Peinlichkeit ja tatsächlich widerfahren, dass der Firmenbuchführer möglicherweise den neuen Titel der Gesellschaft für nicht eintragungsfähig gehalten hätte. Herr Stadtrat, es wäre übrigens gut gewesen, wenn du tatsächlich von Beginn weg diesem Stück beigewohnt hättest, weil es handelt sich ja auch wirklich um eines der wichtigeren. Stückwerk auch im anderen, im Stück, wo

es um die Benennungen geht, da steht tatsächlich Grazer Stadtwerke Aktiengesellschaft, entsandt wird Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, alle Titel richtig geschrieben, Generalversammlung. Ja meine Damen und Herren, nicht einmal den richtigen Titel für die Hauptversammlung hat man gefunden in dem Stück. Ja, was ist denn das, so ist es vorbereitet, so zieht sich ein roter Faden durch und dann kommt noch dazu, meine Damen und Herren, dass jetzt zwar ein neuer Aufsichtsrat bestellt wird, aber noch eine Aufsichtsratssitzung des alten Aufsichtsrates durchgeführt wird, der die alte geprüfte Bilanz entgegennehmen soll. Ja warum denn das, fragt man sich, ja ganz einfach, das war die Bilanz, bevor wir nämlich unter meiner Führung die Sanierung der Stadtwerke angegangen sind mit dem Verkehrsfinanzierungsvertrag und da schaut es noch deutlich schlechter aus und der nächste Aufsichtsrat wird sich hinstellen und sagen, super haben wir das gemacht, endlich schauen die Bilanzen besser aus. Man kann es ja relativ leicht durchschauen, meine Damen und Herren, was für ein Spiel getrieben wird. Es werden Expertinnen und Experten entsandt, wie zum Beispiel eine Persönlichkeit, die schon jetzt im Aufsichtsrat ist, sich schon verabschiedet hat und kurz darauf, zwei Stunden später als neues und wieder aufscheinendes Mitglied des Aufsichtsrates auftaucht. Der Herr Kollege, ohne dass ich zuviel und ihm auch nicht zu nahe treten will, hat aber nicht gerade für Ruhe bei den Stadtwerken gesorgt. Es gibt keine Trennung von Interessen etwa, ob jemand im Bereich des Flughafens konkrete Interessen hat und daher bestimmte Aufgaben nicht übernehmen sollte, all das wurde nicht angegangen. Vor allem von Seiten der ÖVP, meine Damen und Herren, und das ist doch eher sehr merkwürdig. Und das führt doch dazu, dass man das Gefühl nicht los wird, da hat man sich das einfach zurechtgebogen, zurechtgelegt, so dass man seine Machtinteressen durchsetzen kann und Machtinteressen im konkreten Fall heißt natürlich auch Durchsetzungsinteressen bei Personalbesetzungen. Entgegen dem, was der Herr Bürgermeister noch versprochen hat, als er ein Stück abgesetzt hat über die EGG, wo der Wirtschaftsplan mitbeschlossen werden sollte, Generalversammlung. Da hat man drauf verzichten können mitten in einer sehr heißen Phase. Entgegen dem, was versprochen wurde ist es nicht zur dauerhaften fünfjährigen Vertragsverlängerung für einen der Vorstandsdirektoren gekommen, sondern nur um ein Jahr, damit man ein bisschen einen Spielraum hat, damit man seine Personalinteressen auch tatsächlich durchsetzen kann, das ist die Politik von Schwarz und von Grün, meine Damen und Herren, weil es doch sehr bezeichnend ist, dass die grüne Fraktion immer, wenn es

für sie peinlich und unangenehm wird, Sigi Binder, und wenn sie erklären sollten, wie es zu diesem Gesinnungswandel nicht in irgendeiner Frage, sondern in Fragen der Demokratiep Politik, gekommen ist, sich nicht zu Wort meldet und bescheiden die Lider senkt und auf die Bankerl schaut und nichts sagen kann, nichts sagen will, nämlich hier in öffentlicher Sitzung den Grazerinnen und Grazern erklären kann, wie es zu diesem Gesinnungswandel in Fragen Demokratie und Überprüfung und Kontrolle gekommen ist.

Zwischenruf GRin. Binder: Manchmal langweilst du mich.

StR. Dr. **Riedler**: Und wenn jetzt jemand sagt, ja die Roten waren auch schon immer so, muss ich dem aber heftig widersprechen, es war die sozialdemokratische Fraktion, die zum Beispiel auch sich immer heftig dafür eingesetzt hat, den aus meiner Sicht ausgezeichneten Gemeinderat und Aufsichtsrat Schmalhardt in den Stadtwerken zu haben. Das ist Kontrolle, wie wir sie verstehen, aber die wollte ihr euch nicht leisten, da fürchtet ihr euch davor und dann kommt das nicht...

Zwischenruf GRin. Binder: Ein Feigenblatt habt ihr euch gegeben.

StR. Dr. **Riedler**: Bitte? Ein Feigenblatt ist das, ihr leistet euch nicht einmal das Feigenblatt, bei euch bleibt ja nur die Blöße übrig und zwar die geistige Blöße, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Es ist nämlich so, Kontrolle ist kein Feigenblatt und wer jemals meint, der Sepp Schmalhardt wäre ein Feigenblatt gewesen, der kennt den Sepp Schmalhardt offenbar nicht...

Zwischenruf GRin. Binder: Nur ihr hat sie nicht erfunden, die Kontrolle.

StR. Dr. **Riedler**: Ja, aber ihr schafft sie gerade ab, meine liebe Sigi Binder. Du widersprichst dir doch gerade, du tust das Gegenteil von dem, was du vor fünf Jahren selbst hier beantragt hast und das ist doch ziemlich scheinheilig, kommt mir vor (*Applaus SPÖ*). Das ist die Scheinheiligkeit.

Zwischenruf GRin. Binder: Wer sagt denn, dass uns das nicht peinlich ist?

StR. Dr. **Riedler**: Dass euch das peinlich ist, ehrt euch, immerhin soviel Ehrgefühl habt ihr noch.

Zwischenruf GRin. Binder: Das ist deine Interpretation, Wolfgang.

StR. Dr. **Riedler**: Es ist euch nicht einmal peinlich, das ist ja noch schlimmer, also es ist ihnen nicht einmal peinlich, bitte für das Protokoll, es ist den Grünen nicht peinlich, dass sie nicht mehr für Kontrolle eintreten, jetzt wo es um wen anderen geht. Da wo sie selber reinkommen wollen, immer wenn es um sie selber geht, da zeigen sie gerade auf, da sind sie vollmundig, da erklären sie allen, wie die Welt richtig funktioniert. Wenn es dann darum geht, denn Beweis aufs Exempel zu machen, da ziehen sie den Schwanz ein, meine Damen und Herren. Das ist bewiesen, da brauchen wir nicht mehr lange drüber zu debattieren, na dass ihr...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Str. Dr. **Riedler**: Nein, da brauche ich nichts interpretieren, du kannst ja herauskommen, erkläre doch dem hohen Gemeinderat, wie es zu diesem Gesinnungswandel gekommen ist, wir warten ja eh alle drauf, es wäre ja nett...

Zwischenruf GRin. Binder: Von was für einem Gesinnungswandel sprichst du?

StR. Dr. **Riedler**: Der Karl-Heinz Herper hat es ja vorhin vorgetragen. Du hast bis jetzt kein einzige Argument gesagt, entschuldige. Na ja, dann komme raus, ich bin ja sehr neugierig auf diese Erklärung, wie beim Gestaltungsbeirat der Gesinnungswandel, ok, lassen wir es durchgehen. Aber wie man zu einem Gesinnungswandel kommen kann, wenn es um Kontrolle geht und dann noch sagen kann, das alles passiert ja dann ohnehin im Beteiligungsausschuss. Ich höre es ja, als ob es gestern gewesen wäre, wie da die Grünen getönt haben. Alles vergessen, alles vorbei, ihr teilt euch die Macht, ok.

Zwischenruf GRin. Binder: Das tut euch weh.

StR. Dr. **Riedler**: Im Übrigen bin ich nicht der Meinung des Kollegen Grosz, ich bin durchaus auch der Meinung, dass die Politik Verantwortung wahrzunehmen hat in einem Versorgungsbetrieb und zwar Verantwortung bei der Bestellung der Vorstände, Verantwortung auch bei der Kontrolle, und diese Verantwortung würden

wir als zweitstärkste Kraft gerne wahrnehmen. Ihr stellt euch jetzt in den Weg mit eurem relativ wenig breiten Rücken, aber wir kommen trotzdem im Moment nicht vorbei, wir werden trotzdem unser Bestes tun. Wenn aber der Herr Bürgermeister tatsächlich hier gesagt hat, hier hat er es sogar gesagt, die SPÖ braucht eh nicht drinnen sein, weil die hat ja die roten Personalvertreter, dann ist das der Gipfelpunkt der Unkenntnis in aktienrechtlichen Fragen. Wenn man nicht weiß, dass die nach dem Arbeitsverfassungsgesetz entsandten Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte eine Verschwiegenheitspflicht haben und gar nichts weitersagen dürfen...

Zwischenruf GRin. Binder: Dürften.

StR. Dr. **Riedler**: ...dann gibt es zwei Möglichkeiten, entweder man kennt sich nicht aus oder man lügt, man lügt die Öffentlichkeit an. Das sind die zwei möglichen Varianten, eine andere dritte fällt mir im Moment nicht ein. Wenn jemand eine weiß, bitte ich drum, mich aufzuklären und mir das zu sagen. Es gibt in Wirklichkeit keine. Also, das was wir hier haben, sind schlecht vorbereitete Stücke, die ständig repariert werden müssen, das was wir hier haben, ist das Bekenntnis zu einer Scheinheiligkeit sondergleichen, das was wir hier haben, ist das Bekenntnis zu einer Unkenntnis in Fragen der Kapitalgesellschaft, des Kapitalrechts. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn der Öffentlichkeit und einem großen Teil dieses Hauses bange ist um die Stadtwerke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hoher Gemeinderat, ich möchte gerne von der durchsichtigen und oberflächlichen parteipolitischen Diskussion ein paar Grundsätze für dieses Stück und zwar für die Satzungsänderung festhalten und möchte dabei auf einige Argumente eingehen. Das erste Argumente, auf das ich eingehen möchte, war, dass man bei der ÖIAG und bei der AUA schon längst die Entpolitisierung gemacht hat und dort offensichtlich Expertinnen und Experten am Werk sind. Aus

meiner Sicht ist der Unterschied zu den Stadtwerken folgender: Die ÖIAG und die AUA produzieren für den Markt. Es sind Unternehmungen, bei denen wir uns alle einig sind...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StR. Dr. **Rüsch**: Zuhören lieber Gerald, schlucken und zuhören, danke... bei denen Marktgüter, das heißt marktfähige Güter, produziert werden, die über den Markt zu einem kostendeckenden Preis verkauft werden. Das ist der große Unterschied zu den Stadtwerken. Die Stadtwerke erfüllen für die kommunale Daseinsvorsorge Aufgaben, die der öffentlichen Bezuschussung bedürfen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Der Ankünder zum Beispiel.

StR. Dr. **Rüsch**: Zum Beispiel im Bereich des Verkehrs, durchaus in anderen Bereichen, wobei der Verkehr ohnehin der wichtigste Bereich ist und da denke ich, ist es einfach ganz wichtig, ich glaube, das hast du übrigens, Wolfgang Riedler, vorher auch so gesagt, dass hier eine politische Festlegung von Zielen und von Leistungen zu erfolgen hat. Das sind Tätigkeiten, die eben nicht über den Markt geregelt werden, sondern hier ist die Politik gefordert. Es geht um kommunale Daseinsleistungen im Bereich des Verkehrs und in anderen Bereichen, in sehr vielen Bereichen, nicht in allen, in sehr vielen Bereichen, die die Stadtwerke anbieten. Das ist das Erste, das zweite Argument, auf das ich da gerne eingehen möchte ist, dass wir selbstverständlich in der letzten Periode aufgehoben wurden, in diesem Falle sage ich das aus der Sicht der ÖVP, als wir Strukturreformen durchsetzen wollten. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, wir waren uns in einem Arbeitsausschuss bei der Infora

einig, dass wir gerade auch für die GVB eine neue Gesellschaftsstruktur haben wollen, wir haben auch ausgemacht, dass hier Überlegungen angestellt werden, dass hier Leute, Experten beschäftigt werden, die sich damit befassen. Das Ergebnis war ein schlichtes Njet von Seiten der SPÖ, durchaus zugegeben von einem damaligen Parteivorsitzenden, der heute nicht mehr da ist, das war kein Thema für uns. Wir haben etwa im Zusammenhang mit dem GVB-Vertrag, auf den ich dann kurz noch zu sprechen komme, ebenfalls organisatorische Veränderungen andiskutiert, wir haben dann aus verschiedenen Gründen, ein Grund war ein grundsätzlicher, weil das eben offensichtlich für die SPÖ insgesamt kein Thema war, auch darauf bis jetzt jedenfalls verzichtet. Das ist mit ein Grund, wieso wir in den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen hier einen neuen Weg gehen wollten und auch eine neue Diskussion angeboten haben. Ich möchte, bevor ich darauf zurückkomme, nochmals schnell den GVB-Vertrag ankündigen. Ich denke, das ist aus meiner Sicht der einzig richtige Weg, wie eine Gemeinde mit einem Unternehmen, mit einer AG, das für die öffentliche Daseinsvorsorge zuständig ist, umgeht, und das war bisher überhaupt nicht der Fall, der GVB-Vertrag hat in diesem Sinne durchaus, glaube ich, den Weg gewiesen für die Zukunft. Die Stadt hat in diesem Vertrag exakt festgelegt, was wollen wir haben, wir haben eine Finanzierung vereinbart über die nächsten zehn Jahre und damit dem Unternehmen auch die Finanzierungssicherheit gegeben und wir haben festgehalten, was muss passieren, wie muss man vorgehen, wenn man dieses Leistungsangebot ändern will. Das ist aus meiner Sicht, soweit ich die Geschichte auch der Stadtwerke kenne, historisch völlig neu und ich glaube, das ist ein Weg, also das ist der richtige politische Umgang mit einem eigenen Verkehrsunternehmen, mit einem eigenen Unternehmen, das für die Daseinsvorsorge zuständig ist und das, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll auch mit den anderen Bereichen in den Stadtwerken passieren (*Applaus ÖVP und Grüne*). Die grundsätzliche Idee bei der Neustrukturierung steht im Koalitionsabkommen. Ich darf Ihnen die wichtigsten Dinge dazu vorlesen. Zunächst einmal die Feststellung in der Koalition, ein Verkauf von Teilbereichen des Unternehmens Grazer Stadtwerke AG im Bereich der Daseinsvorsorge ist auch im Zuge einer Neustrukturierung explizit nicht vorgesehen. Wir möchten gerne die Erhöhung der Steuerbarkeit der stadteigenen Unternehmen, auch der Stadtwerke, zur Durchsetzung der gemeinwirtschaftlichen Interessen der Stadt Graz und Sicherung der leistbaren kommunalen Dienstleistungen für Grazerinnen und Grazer. Und wir haben auch den Weg vorgezeigt, nämlich einer Holdingstruktur, bei der die

Aufgaben, die eben im Bereich, die die Aufgaben erfüllen, in eigenen Gesellschaften organisiert sind, die selbstverständlich in der Holding und von einer Holding gesteuert werden. Damit haben wir klar gesagt, wohin der Weg gehen soll. Die Satzungen, die heute zur Diskussion stehen, ermöglichen diesen Weg, sie sind noch nicht die Reform selbst, sondern sie ermöglichen diesen Weg. Bitte keine allzu großen Schauermärchen, was hier alles in Zukunft ausgeschlossen sein soll. Wir haben immer wieder gesagt, dass die Grundzüge der Reform und die Reform an sich im Gemeinderat, hier in diesem Saal, diskutiert und beschlossen werden muss. Umgesetzt muss diese Reform vom Vorstand der Stadtwerke werden. Wie alle wissen, sind die Vorstandsverträge bis jetzt nicht nur bestätigt worden und jedenfalls nicht geändert worden. Ich darf vielleicht die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ daran erinnern, wie in diesen Fragen auf Bundesebene, Stichwort Minister Faymann, mit den österreichischen Bundesebenen und auf Landesebene, Stichwort Landesrat Hirth, mit der KAGES umgeht. Ich denke, das ist ein qualitativer großer Unterschied. Vorstandsverträge wurden von unserer Seite nicht angegriffen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Dort wo von Seiten der Koalition eine Änderung herbeigeführt werden soll, ist tatsächlich die Besetzung der Aufsichtsräte. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein klares Ja, wir bekennen uns dazu. Erstmals gibt es in Graz eine Koalition, die den Namen verdient, einfaches Stichwort, wir haben vereinbart, wir werden uns nicht überstimmen. Sind wir unterschiedlicher Meinung, setzt ein spezielles genanntes Verfahren ein. Selbstverständlich gilt das nicht nur für den Gemeinderatssaal, sondern es gilt selbstverständlich auch für die Ausschüsse und das ist doch wohl klar und so realistisch sind wir doch alle, wenn wir gesagt haben, wir wollen hier einen neuen Weg gehen, von dem wir überzeugt sind, dass er zukunftsweisend, nachhaltig und gerade die kommunale Vorsorge, die Sicherung dieser kommunalen Vorsorge bestmöglich auf dem Programm stehen hat, gerade dann ist es doch selbstverständlich, wenn wir noch dazu sagen, Umsetzung erfolgt durch den Vorstand, dass wir im Aufsichtsrat auch die Kontrolle übernehmen möchten, dass diese Dinge auch tatsächlich umgesetzt werden. Aufsichtsratssitzungen finden ebenfalls, wie der Beteiligungsausschuss, vierteljährlich statt. Daneben gibt es sowohl für Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit, sich Informationen zu beschaffen ganz offiziell, wie für alle Gemeinderatsmitglieder ebenfalls, um zwischendurch in den Gemeinderatssitzungen hier entsprechende Auskünfte zu bekommen. Ich denke daher, um das so zusammenzufassen, dass der Ansatzpunkt durchaus schlüssig ist, wenn auch nicht die ungeteilte Zustimmung findet, no na, wir hatten hier durchaus

eine Auseinandersetzung und wir sind durchaus hier auch bereit, einen Weg zu gehen, der offensichtlich nicht von allen geteilt wird. Das ist klar, das ist das politische Alltagsgeschäft und ich glaube auch, die politische Auseinandersetzung, und wir haben nicht mehr und nicht weniger getan, als im Kontrollorgan, das darf ich nochmals betonen, hier eine Mehrheit von der Koalition zu sichern. Ich möchte gerne ein paar Details angeben, dem lieben Wolfgang Riedler, muss ich leider sagen, mag einiges zu Recht gesagt worden gegen die Vorbereitung. Bezüglich des Namens ist die Sache völlig klar, es wurde ein Gutachten eingeholt von der Wirtschaftskammer und die Wirtschaftskammer hat bestätigt, dass auch der Name Graz AG allein für sich möglich ist. Ob es dann das Firmenbuch akzeptieren wird, wissen wir alle nicht, wäre eine Frage gewesen. Wir haben ihn geändert, weil wir letztlich eben der Auffassung waren, dass hinter diesem Unternehmen eben auch die Tradition, wenn auch unterm neuen Schild, aber die Tradition als Stadtwerke bestehen bleiben soll, das war der einzige Grund, weshalb das geändert wurde. Es wurde auch moniert etwa, dass die Immobilienverwertung als neuer Geschäftsbereich dazugekommen ist. Da wird einfach in den Satzungen nachvollzogen, was ohnehin schon vorhanden ist. Die Stadtwerke verfügen über einen beachtlichen Bestand an Immobilien, selbstverständlich sind die Stadtwerke damit auch gefordert, wozu jedes große Unternehmen mit einem derartigen Immobilienbestand aufgefordert ist, nämlich diesen bestmöglich zu verwerten.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Seit wann verwerten?

StR. Dr. **Rüsch**: Übrigens, durchaus in Abstimmung mit dementsprechenden Abteilungen der Stadt. Wir hoffen jedenfalls nicht, dass die Grundstücke einfach brach und ohne irgendeinen Nutzen liegen bleiben, da ist keine Ansage in irgendwelche andere Richtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Antrag der Änderungen der Satzungen wird ein erster Schritt in dieser Reform gegangen. Ich darf nochmals wiederholen, die Reformschritte selbst werden Gegenstand von Beschlüssen im

Gemeinderat sein, die Satzungen sind noch nicht die Reform, sondern sie ermöglichen diese Reform (*Applaus ÖVP und Grüne*)

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 21.45 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv. **Rüscher**: Zu dieser Diskussion, denke ich mir, muss ich nicht mehr allzu viel sagen, aber natürlich will ich etwas dazu sagen, weil ja die Grünen hier ganz massiv ins Kreuzfeuer geraten sind. Tyrannosaurus Rex, die grüne Gefahr, das grüne Übel höre ich da heraus und jetzt wird in dieser Stadt alles dem Untergang geweiht weil mit dieser Koalition alles ausgeraubt werden wird, was hier an Bestand da ist. Das Bild, das gezeichnet wird, geht in diese Richtung und die Befürchtungen und die Schreckgespenster, die hier an die Wand gemalt werden, sind wohl massiv weit hergeholt und alle, die uns als Grüne kennen und auch in den letzten Jahren kennen, kann man durchaus trösten, wir haben unseren Zugang zu kommunalen Leistungen und zu der Verantwortung, die die Politik für kommunale Dienstleistungen hat, mit keinem Millimeter verlassen und werden das auch in den nächsten Jahren nicht tun. Ich möchte die SPÖ natürlich ein bisschen verstehen, Macht abgeben ist schmerzhaft und die SPÖ leckt noch immer an ihren Wunden, das muss irgendwann vielleicht auch wieder aufhören, aber es ist noch im Prozess, verstehe ich, ist schwer. Die SPÖ hatte in den letzten Jahren, Jahrzehnten kann man sagen, viel Macht und auch viel Verantwortung in dieser Stadt und wenn man gerade die Stadtwerke anschaut, dann hat man manchmal den Eindruck, nicht soviel daraus gemacht aus dieser Verantwortung und dieser Macht. Ich denke auch daran und ich erinnere daran, dass der Energieverkauf nicht ohne SPÖ entschieden wurde, also das, was heute so gerne bejammert wird, wie die Stadtwerke jetzt auch da sind und wie sie dastehen, hat durchaus eine Tradition und eine Geschichte in dieser Stadt, wo die SPÖ eine massive Rolle gespielt hat. Also ich würde nicht davon ausgehen, dass die Chancen nicht zu nutzen gewesen wären, aus den Stadtwerken einen Betrieb oder eine städtische Einrichtung zu machen, die im Sinne der kommunalen Versorgung auch die guten Grundlagen hat. Wir haben eine Diskussion in den Stadtwerken und

wir haben eine öffentliche Diskussion in den letzten Jahren gehabt, die dorthin geführt hat, dass ein kommunaler Betrieb inzwischen in eine Ecke gestellt wird, die er nicht verdient, da sind wir uns wohl alle einig. Die Stadtwerke kommen momentan leider medial nicht so gut weg, weil immer wieder ein bestimmtes Hickhack und das ist das alte Hickhack, rot/schwarzes Hickhack, dazu führen, dass ein Betrieb marodisiert wird, der eigentlich ganz wesentliche Aufgaben in dieser Stadt erfüllt und vor allem in Zukunft ganz massiv gefordert sein wird, für Dienstleistungen zu sorgen und vor allem für die Sicherstellung derselben. Was unser Anliegen war und womit wir in die Koalitionsverhandlungen gegangen sind, ist klar, wir wollen dort einen Prozess einleiten und gehen in Abstimmung mit dem Gemeinderat, für mich persönlich ist immer der Gemeinderat Auftraggeber und das wird er auch bleiben, für alle Prozesse, die in den Beteiligungen passieren. Also da ist für mich die Frage eine geklärt. Aber was notwendig ist, ist bei den Stadtwerken für eben genau diese Transparenz zu sorgen in dem Prozess, die Ziele der Stadt klar herzustellen, hier auch klar zu definieren und auch klar hinüberzutransportieren und es geht einmal am besten dadurch, dass eine Stadtregierung, die sich als Koalition gebildet hat, diesen Willen erstens hier holt und dann dorthin transportiert. Deswegen bin ich ganz klar nicht auf der Seite des Herrn Gemeinderat Grosz, der sagt, Politik hat drüben nichts verloren. Parteipolitik soll in Zukunft in den Stadtwerken nicht die Rolle spielen, die sie bisher gespielt hat, aber Kommunalpolitik sehr wohl (*Applaus ÖVP und Grüne*) und der kommunalpolitische Auftrag hat ganz viel mit dem an Willensbildung zu tun, was in diesem Gemeinderat passiert und da sehe ich mich sehr stark verpflichtet dem Gemeinderat gegenüber, auch weiterhin, so wie bisher. Ich möchte noch daran erinnern, die Grünen haben zwei Anträge eingebracht, die dann hier mehrheitlich abgestimmt wurden und in dieser Tradition sehen wir auch unsere weitere politische Arbeit, das war der eine dringliche Antrag zum Thema kommunale Dienstleistungen, da hatten wir dann eine gemeinsame Abstimmung und zur Sicherung des Wassers, und genau in diesem Sinne haben wir auch festgelegt im Koalitionsvertrag, dass eine Privatisierung, ein Verkauf oder Dinge nicht angetastet werden, die im kommunalen Interesse, im kommunalen Auftrag und in der kommunalen Verantwortung zu bleiben haben (*Applaus ÖVP und Grüne*), dafür halte ich hier den Kopf hin und dafür könnt ihr mich dann auch köpfen, aber bitte, lasst uns einmal arbeiten gemeinsam und die Panikmache sollte dann kommen, wenn Grund und Anlass zur Panik gegeben ist. Jetzt geht es um den Start eines Prozesses und er wird hier kommuniziert, er wird hier begleitet werden und wenn wir dort stehen, wo es darum geht, die

Entscheidungen zu treffen, dann würde ich gerne hören und sehen, wie der beurteilt wird. Aber nicht im Vorfeld mit diesem ganzen, ich würde einmal sagen, Teufel-an-die-Wand-Malen, was jetzt alles passiert, jetzt ist einmal wichtig, dass die Stadtwerke insofern zur Ruhe kommen, als es klar ist, es geht um einen essentiellen Prozess, dass in Zukunft erstens alle Grazer und Grazerinnen sich sicher sein können, dass in diesen Stadtwerken gut für sie gearbeitet wird und dass die Stadt als Politik die Verantwortung dafür übernimmt und die Leistungen leistbar und sichergestellt sind, genauso wie die Beschäftigungs- und Dienstverhältnisse in den Stadtwerken einen hohen Stellenwert weiterhin haben, als Arbeitsplätze zu sichern sind, das sind die Ansätze, mit denen wir da reingehen und daran wollen wir dann gemessen werden, ob uns das gelingt, darum will ich hier bitten, aber ich halte dafür auch den Kopf hin, sage ich ganz klar, an diesem Ort. Das ist, was ich jetzt dazu sage, ich denke, wir werden diese Diskussion noch weiter führen und ich freue mich auf eine gute inhaltliche Diskussion, weil die haben die Stadtwerke verdient und die hat die Stadt und die Politik verdient, die sich ernsthaft dieser Sache annimmt und für heute hoffe ich, dass wir von der Polemik wegkommen und zu einem ersten Startschuss in Richtung Reform.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.50 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat! Ich war oder ich bin 17 Jahre in der Arbeiterkammer und bin es dort gewöhnt, dass auf Grund dieser Mehrheitsverhältnisse, der teilweisen erdrückenden Mehrheitsverhältnisse, natürlich dort die rote Dampfwalze herrscht. Nur jetzt leider, nach fünf Jahren, oder nach fünfeneinhalb Jahren Tätigkeit im Gemeinderat hier in der Stadt Graz, muss ich leider feststellen, dass hier jetzt nicht die rote Dampfwalze herrscht, sondern hier herrscht jetzt die schwarz/grüne Dampfwalze und auf dieser Dampfwalze sitzen oben am Kutschbock der Herr Bürgermeister, die Frau Vizebürgermeisterin und als Heizer fährt der Herr Stadtrat Rüschi hinten nach, und gestatten Sie mir, dass ich auf diese drei Personen ein kurzes Schlaglicht aus meiner Situation werfe. Zuerst einmal zum

Heizer, zum Herrn Stadtrat, ich meine, ich muss dich schon aufklären, lieber Herr Stadtrat, das, was du gesagt hast, ist nicht ganz richtig, das ist nicht vergleichbar, weder die Bundesbahnen noch die AUA noch die ÖIAG mit den Stadtwerken, weil in den Bundesbahnen war es so, dass sehr wohl der Generaldirektor Huber von sich aus das Handtuch geworfen hat, er hat ja nicht gehen müssen. Ich meine, die ganze Situationen mit seiner Gattin usw., die locker ein Grundstück gekauft hat und dann an die Bundesbahn verkauft hat und hat so nebenbei fünf Millionen Euro mitgeschnitten, also das sind meines Erachtens schon Sachen, die nicht vergleichbar sind, genauso auch mit der KAGES. Der Herr Vorstandsdirektor muss eh oben schon zittern, weil du gesagt hast, noch nicht also wurde über die Vortandsverträge geredet. Passen Sie auf, Herr Vorstandsdirektor, noch ist immer gefährlich dann. In der KAGES sind ja meines Wissens die Vorstandsverträge sehr wohl ausgelaufen, also von wegen, dass da jemand hinausgehaut wurde, stimmt ja nicht, sondern es hat Ausschreibungen gegeben, hätte sich ja jeder bewerben können, dass dann das Bewerbungsverfahren nicht ganz korrekt war, dass man ein bisschen vorher abgekürzt hat, aber gut, dafür müsst ihr eh Verständnis haben dann. Jetzt zu den zwei Hauptpersonen, die am Kutschbock oben sitzen, zur Frau Vizebürgermeisterin. Frau Vizebürgermeisterin, wie wir noch Indianer waren, wie gesagt, inzwischen sind Sie ja zum Häuptling geworden, ich bin immer noch Indianer geblieben, aber wie wir noch Indianer waren, hatte ich die Ehre, mit Ihnen gemeinsam im Kontrollausschuss zu sitzen und auch im Finanzausschuss. Und da waren Sie, und jetzt zur guten Nachricht, da waren Sie eine, muss ich sagen, und das erkenne ich an und habe es immer wieder betont, waren Sie eine der Hauptprominenten, die immer wieder gesagt hat, wir brauchen diesen Beteiligungsausschuss und es war sicher auch eines Ihrer Verdienste, dass dieser Beteiligungsausschuss eingerichtet wurde. Und gerade da hat es fast keine Sitzung gegeben, weniger im Kontrollausschuss, aber hauptsächlich im Finanzausschuss, wo Sie nicht immer wieder betont haben, und Kollege Herper hat das eh heute sehr treffend festgelegt, aber Sie haben es immer wieder betont, die Worte Ihrer damaligen Vorsitzenden immer wieder betont, Sie wollen auch unbedingt in den Aufsichtsrat der Stadtwerke, weil sonst können Sie nicht mitreden usw. immer wieder ist das gekommen und mir ist heute, wie Sie gesagt haben, ihr Kopf wird fallen oder Sie haben Angst um Ihren Kopf, ist es mir immer gekommen, und entschuldigen Sie, wenn ich sage dann, aber Gott sei Dank, sind Sie kein Mann, weil sonst hätten Sie in der Früh immer Probleme beim Rasieren, wenn Sie sich in den Spiegel schauen. Weil Sie müssten sich ja jeden Tag

genieren, wenn Sie das lesen, was Sie immer wieder dort im Beteiligungsausschuss, was immer wieder im Finanzausschuss gesagt haben, nämlich immer wieder, wie gebetsmühlenartig haben Sie immer wieder betont, ja, wir müssen unbedingt in den Aufsichtsrat kommen, weil sonst können wir nicht mitreden, sonst wissen wir nichts. Und jetzt auf einmal sind Sie an die Futtertröge der Macht gekommen und schon sind Sie weg, schon haben Sie das vergessen, so schnell geht das (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*). Und nun zum nächsten Kutscher, zum Herrn Bürgermeister Herr Bürgermeister, es hat einmal, Sie sind ja eine Erfindung der Frau Landeshauptmann Klasnic, wie gesagt, Herr Bürgermeister, ich möchte Sie nur erinnern, Hochmut kommt vor den Fall. Wir haben heute gehört, ganz am Anfang, dass es schwierig ist mit dem Lesen, liest man Vorworte, liest man nicht, schreibt man Vorworte, schreibt man Nachworte usw. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Bürgermeister, lesen Sie Märchen oder lesen Sie Sagen. Und da wieder kommt es auch immer wieder vor, wie gesagt, Sie haben ja auch noch einen kleinen Sohn, der wird sich sicher freuen, wenn Sie am Abend nach Hause kommen und ihm eine Sage vorlesen, da kommt es immer wieder vor, dass dann so Zwerge auftauchen usw. und dann verspricht man ihm irgendwas und dann haltet er es nicht ein und dann tut es einen Tuscher und der, der versprochen hat, ist dann weg und so wird es Ihnen eines Tages einmal gehen, Herr Bürgermeister, weil wie gesagt, Hochmut kommt vor den Fall und denken Sie an Ihre Erfinderin an die Frau Landeshauptmann Klasnic. Da hat es vor vier oder fünf Jahren haben ihre Parteisekretäre sich ja überkugelt und haben gesagt, sechs Landesräte werden wir stellen und sieben werden wir stellen und was hat eigentlich herausgeschaut, das wissen wir eh alle, es gibt einen roten Landeshauptmann, also auch hier ist Hochmut vor den Fall gekommen und denken Sie daran, es hat Zeiten gegeben, wo auch Sie hier im Haus, nicht Sie persönlich, da waren Sie noch nicht hier im Haus, aber wo die ÖVP-Fraktion sehr tief hereingegangen ist, in einem sehr tiefen Stand dann und auch da hat es weder die damalige stärkste Fraktion, die SPÖ, noch wir als zweitstärkste Fraktion, die FPÖ, haben wir Sie auch nicht aus den Stadtwerken hinauskatapultiert, sondern wir haben Ihren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden belassen. Wir haben Ihren Vorstandsdirektor belassen, also es wurde auch nicht da mit dem eisernen Besen so drübergekehrt, so wie Sie jetzt drüberkehren und das würde ich Sie bitten zu bedenken, es gibt immer noch die Möglichkeit, heute dem Abänderungsantrag der SPÖ zuzustimmen. Es ist eh gesagt worden, es ist eh mehr oder minder, geht es eh...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: ...kann auch der KPÖ, zwei Chancen gibt es dann, zum Kollegen Grosz kann ich nicht ganz hundertprozentig zustimmen, aber es gibt immer noch die Möglichkeit, dass Sie heute Einsicht zeigen und wie gesagt, Konrad Adenauer hat gesagt, nichts hindert mich, täglich klüger zu werden, vielleicht werden Sie heute einmal klüger und zeigen einmal, dass Sie auch diesen Mehrheitsverhältnissen im Haus, die es zwar gibt und zu denen ich stehe dann, Sie sollen ja das Reden in den Stadtwerken haben, keine Frage dann, aber es kann nicht so sein, dass Sie mit soundsoviel Prozent hundert Prozent in dem größten Betrieb, den die Stadt zu vergeben hat, dass Sie mit 100 Prozent dort das Reden haben. Ich glaube, das ist sicher nicht, und das wollte auch der Wähler nicht, weil es ist ja nicht so, dass Sie auf Anhieb gleich 70 oder 80 Prozent gemacht haben. Also ich glaube, Sie sollten sich das wirklich überlegen und noch einmal in sich gehen, was Sie damit heute anstellen, ob das sehr sinnvoll ist, so drüberzufahren und alle Fraktionen mit dem eisernen Besen, wie gesagt, Kollege Grosz wird sich freuen, wenn man seinen Wahlspruch nimmt, mit dem eisernen Besen hinauszukehren. Das ist sicher nicht das, was man sich wünscht oder was sich der Wähler auch gewünscht hat. Und dann abschließend noch, ich weiß nicht, wo der Kollege Parteisekretär, Stadtparteisekretär von der ÖVP, sehe ich nicht, aber er wird irgendwo sein, der immer wieder so hinauswirft und sagt, im Land, da seid jetzt auch so böse zu den Roten, so ist es halt dann und lieber Kollege Stadtparteisekretär, Sie müssen einmal akzeptieren, dass Sie sowohl im Land als auch im Bund die Wahlen verloren haben und Gott sei Dank ist jetzt einmal soweit, dass es auch im Land endlich einmal rote Einsprengungen gibt, FPÖ-Einsprengungen, blaue Einsprengungen gibt es eh fast nimmer oder hat es eh fast nie gegeben, weil wer die Steiermark gekannt hat und seit 1945 gekannt hat und wie schwarz die Steiermark war, da war es in einem Tunnel hell dagegen, wie schwarz unter Ihren Regierungskollegen war und da ist es nicht schlecht, wenn ein bisschen sozusagen in dem Fall ein bisschen Masern auftreten und hie und da einmal rote Einsprengungen kommen, weil ich denke nur, wenn Sie nur daran denken an die Bezirkshauptleute, wie viel da Schwarze sind, an die Abteilungsleiter in der Landesregierung und, und, und, da gibt es eine ganze Sündenliste herunter

dann und da ist niemand und jetzt nur einmal, weil Sie ein bisschen jetzt die Mehrheitsverhältnisse sowohl im Land als auch im Bund geändert haben, ist gleich der große Aufschrei, die bösen Roten usw., die nehmen uns alles weg. Was machen Sie hier, Sie machen ja genau das Gleiche, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. In diesem Sinne, wie gesagt, können wir sowohl dem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmen als auch der KPÖ, ein bisschen schwer tue ich mich, wie gesagt, mit dem Abänderungsantrag vom Kollegen Grosz, ich weiß nicht, wo er jetzt ist, ach er sitzt eh da hinten, Entschuldigung, da bist du ja, weil es ist ein bisschen unausgegoren, weil das, glaube ich, dieses Berufsverbot, dass man jetzt sagt, der war jetzt fünf Jahre Politiker und jetzt darf er wieder nichts sein und so. Also das Hearing hier vorm Gemeinderat, wie stellst dir das vor, weil da ist ja sonst auch wieder eine Mehrheit und dann wird wie gesagt, der Herr Huber, den eben die Regierungskoalition vorsieht, der wird dann Hearing doch gewinnen, wie wir das wissen aus guter Erfahrung, haben wir das immer schon gelernt, als gelernter Österreicher wissen wir das ja schon, das Hearing gewinnt immer der, der schon vorgeschlagen wird. Also, ich glaube, das ist ein bisschen unausgegoren dann, ich meine, ich erkenne das an, dass es dir auch ein Anliegen ist, ein bisschen da mitzuspielen und zu zeigen, dass es so nicht gehen kann, aber wie gesagt, vielleicht könnte man es ein bisschen modifizieren, aber sonst, wie gesagt, werden wir den beiden Anträgen zustimmen, den anderen Antrag werden wir natürlich ablehnen. Danke (*Applaus KPÖ, FPÖ und BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich fühle mich jetzt da doch noch einmal massiv herausgefordert, auch wenn es die fortgeschrittene Stunde ist. Ich möchte einen Mythos da herinnen jetzt einmal ein für allemal begraben. Ich habe hier in diesem Gemeinderat begonnen als Finanzsprecherin und habe festgestellt, in dieser Stadt existiert eine Stadt neben der Stadt. Und ich weiß, wie oft ich hier herinnen und im Beteiligungsausschuss, in allen sonstigen Gremien immer wieder darauf hingewiesen habe, dass in dieser Stadt ein ordentliches Beteiligungsmanagement her muss, eine klare Aufgabendefinition für die Aufsichtsräte und eine klare Definition, was diese Stadt an Zielen in ihren Beteiligungen haben will und wie sie die dorthin transportiert. Es kann sein, dass im Klub und von unserem Klub sehr oft zum Thema Aufsichtsratsbesetzungen Anträge gekommen sind. Ich möchte aber hier noch

einmal ganz klar sagen, wofür ich mich eingesetzt habe im Beteiligungsausschuss und in all den anderen Gremien war, definieren wir in unserem Gemeinderat, was wir wollen, was wir für Ziele verfolgen und welchen Auftrag wir in unsere Beteiligungen geben, dann habe ich nicht das Problem, wer dort im Aufsichtsrat sitzt, weil die haben dann den Auftrag, diese zu kontrollieren. Aber die Vorgabe muss hier passieren und damit kommen wir weg von diesen Parallelstrukturen, da gibt es eine Stadt und nebenbei gibt es eine Stadt, die für sich selber funktioniert und niemand dafür interessiert sich hier und ich glaube, ich kann mir den Verdienst zuschreiben, dass in diesem Gemeinderat in den letzten fünf Jahren das Interesse der einzelnen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen doch etwas angestiegen ist, über das Bescheid zu wissen, was in den Beteiligungen passiert. Das ist davor, das muss ich sagen, so war meine Erkenntnis damals, als ich hier eingestiegen bin, doch etwas gering ausgeprägt gewesen und auf dieser Grundlage befinde ich mich, genau in meiner Linie, das heißt in diesem Falle habe ich nicht die Sorge um meinen Kopf, sondern da befinde ich mich auf einer Tradition, für die ich durchaus mitverantwortlich zeichne in diesem Hause, nämlich das war für mich immer das Thema Beteiligungsmanagement, Beteiligungskontrolle von hier aus und von hier definieren, was man will. Weil hier ist die Verantwortung, hier wird fürs Geld gesorgt und hier wird auch dafür gesorgt, wie dafür die Verantwortung übernommen wird. Und die operative Ebene ist auf der Seite der Beteiligungen umzusetzen und die Kontrolle haben die Aufsichtsräte. In welcher Zusammensetzung immer, sie sind immer beauftragt vom Gemeinderat (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte zwei Sätze zur Lisa Rücker sagen. Erstens Lisa, natürlich ist es schmerzhaft, Wahlen zu verlieren, du kennst das Gefühl, aber mache dir keine Sorgen um uns, das bewegt uns im Moment eigentlich überhaupt nicht, sondern, und das ist nicht demagogisch dir vorzuhalten, was deine Fraktion und was du als Gemeinderätin verlangt hast, das hat mit Demagogie nichts zu tun und das ist vielleicht schmerzhaft für dich, deswegen versuchst du, diesen Schmerz ein bisschen abzulenken, aber wahr ist, dass ihr in mehreren Punkten und in diesem wesentlichen auch, bei dem es um die Kontrolle dieser großen wichtigen Gesellschaft der Stadt Graz geht einen Paradigmenwechsel vorgenommen habt und zwar einen ganz, ganz grundlegenden, den ihr selber verantworten müsst, aber wir werden ihn auch

vorhalten, das tun wir natürlich, weil wir hier immer schon eine andere Haltung gehabt haben als ihr jetzt. Und das lässt sich auch nicht schönreden, so sehr du es auch versuchst. Das Zweite, das ist dir sagen muss und sagen möchte, die Stadtwerke stehen nicht schlecht da, das ist Unfug.

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Medial habe ich gesagt.

Dr. Riedler: Nein, auch nicht medial, höchstens wenn ein paar Präsidiumsmitglieder vielleicht übermütig werden oder die einen oder anderen Geschichten passieren, aber was die Führung der Stadtwerke als Beteiligung der Stadt angeht, ist in den letzten Monaten und Jahren genau das passiert, was passieren musste, nämlich die Stadtwerke wurden in ruhiges Wasser geführt. Unter anderem auch mit dem Geld aus dem Beteiligungsverkauf, ganz gleich, wie man dazu stehen will oder stehen mag. Bin ja neugierig, ob ihr drauf hingreifen werdet oder nicht, aber Faktum ist, die Grazer Stadtwerke stehen nicht schlecht da, daher gibt es zwar immer einen Bedarf, dieses Unternehmen zu führen, aber keinen Bedarf, es im Grund zu verändern. Daher ist der Verdacht, der in dem Zusammenhang hier geäußert wurde, durchaus auch begründet und er ist noch verschärft worden. Gerhard darf ich jetzt fragen, vielleicht kannst du mir das noch sagen, ich weiß, ich habe weder das Recht, in der Fragestunde was zu fragen, noch ist Fragestunde, aber jetzt bin ich etwas hellhörig geworden, als du gesagt hast, da gibt es so ein großes Liegenschaftsvermögen, das zu verwerten ist. Ist geplant, von dieser Stadtregierung, von dir als Beteiligungsreferent, die Verwertung, das heißt, den Verkauf der Liegenschaften der Grazer Stadtwerke anzustreben, anzudenken, vorzugeben, vorzuschlagen oder sonst irgendwie zu initiieren, ist das geplant oder nicht, das ist eine wichtige Frage. Wo ich sehr froh wäre, du musst mir keine Antwort geben, wenn du mir heute eine Antwort geben könntest, weil du hast es gesagt, deshalb komme ich auf das (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben für die Magistratsreform seit vielen Jahren ein Reformprojekt, das bis jetzt nicht wirklich weitergekommen ist, das ist das sogenannte Facilitymanagement. Wir haben in der Stadt, einmal vom Magistrat selbst von der Liegenschaftsabteilung, du bist ja bestens informiert ohnehin, sowohl GBG als auch Stadtwerke und von einigen anderen Gesellschaften Immobilienbesitz. Und meine Idee ist es, dieses Reformprojekt wirklich auf die Beine zu stellen, auch umzusetzen, weil wir damit zunächst einmal einen sehr, sehr großen Immobilienbesitz haben, der etwa für die Stadtentwicklung von größter Bedeutung ist. Ich habe erfahren und mitbekommen, dass in der Vergangenheit teilweise von mehreren Stellen mit Investoren über Grundstücke gesprochen worden ist, ich glaube, dass das in der Stadt einfach zusammengefasst koordiniert und wie auch immer organisiert, das weiß ich im Moment auch noch nicht, jedenfalls zu einer gemeinsamen Schlagkraft gemacht werden sollte. Dazu gehört selbstverständlich auch aus meiner Sicht der Immobilienbesitz der Stadtwerke, das heißt nicht, dass der zum Negativen der Stadtwerke verwendet werden soll, sondern umgekehrt positiv formuliert, eben zum Positiven für die Stadt Graz, für die Stadtentwicklung, aber durchaus auch für betriebliche Zwecke. Das ist damit gemeint...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Verkäufe.

StR. Dr. **Rüsch**: Lassen wir das doch, ich habe das Wort nicht in den Mund genommen und ich lehne es durchaus ab, ich meine, das kann man durchaus machen das Spielchen, ich habe damit erklärt, was ich mir vorstelle, auch dazu bedarf es innerer Absprache und selbstverständlich auch Gemeinderatsbeschlüsse. Ich halte das für eine der wesentlichen tatsächlichen Reformschritte in der nächsten Zukunft und ich kann noch nochmals sagen, dass da der Immobilienbesitz der Stadtwerke nicht ausgeschlossen werden soll, sondern im Gegenteil eingebunden und mitkoordiniert werden soll, nicht mehr und nicht weniger.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Verwerten ist was anderes.

StR. Dr. **Rüsch**: Ja, kann auch verwerten sein, aber es ist keine...du kannst daraus machen, kann ich nicht ändern, was du daraus machst, es ist keine Ansage, dass hier etwas verkauft werden soll. Das ist eine Interpretation, die ich von meiner Seite ablehne, ganz klar, weil ich es auch nicht weiß.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem die Fragestunde heute schon um 13.10 Uhr vorbei war, erlaube ich mir eine kleine Anmerkung zu machen auch als ...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber er hat keine Lust mehr gehabt, glaube ich, jetzt nochmals das zu beantworten beziehungsweise er hat es versucht zu beantworten, aber es wurde, glaube ich, auf ein Wort Wert gelegt, das dem Kollegen Rüsch heute nicht über die Lippen kommt und zwar aus einem ganz bestimmten Grund. Ich verstehe durchaus die Enttäuschung mancher Fraktionen, hier im Aufsichtsrat nicht vertreten zu sein, aber, und das möchte ich da betonen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, gerade um die Kontrolle und gerade die Sozialdemokratie. Jetzt habe ich die letzten zehn Jahre gemeinsam, auch mit der Sozialdemokratie, in Aufsichtsräten als Beteiligungsreferent, als Bürgermeister etc. zusammengearbeitet. Zitiert bitte heute hier nicht die Messe, weil in der Messe hat außer ÖVP und SPÖ in den letzten fünf Jahren niemand im Aufsichtsrat Einblick gehabt, das heißt, wir haben das dort auch so gelebt. Die Sozialdemokratie hat gerade bei den Stadtwerken nicht nur eine große Anzahl von Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführern etc. die alle im Gegensatz zu Ankündigungen in Zeitungen von Machtrausch und Köpferrollen etc. ihre Verträge von uns zugesagt bekommen haben, einer ist sogar schon verlängert worden, das habe ich mehrfach gesagt, es braucht sich wirklich keiner Sorgen machen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Habe ich ganz klar gesagt, und mir kommt es jetzt auf was Wichtiges an. Gerade die Sozialdemokratie wird in einem von uns vergrößerten Aufsichtsrat, und den haben wir begründet, vergrößert, weil wir Spartenausschüsse machen wollen und da werden kleinere Teams arbeiten mit genauen und klaren Spielregeln, ist die Sozialdemokratie neben den vielen geschäftsführenden Vorstandspositionen unter anderem auch vertreten durch wahrscheinlich die Hälfte aller Aufsichtsratsmitglieder in Summe, also ich nehme einmal davon an, dass der Großteil...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist nicht richtig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist richtig, und zwar ganz einfach, also wie viele werden es sein, dann darf ich dir...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Personalvertreter sind keine Vertreter der Sozialdemokratie, das solltest du endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, dann sind jetzt alle unsere Experten... also gut, ist in Ordnung, aber sie gehören auch dann, die entsendet worden sind bisher in den Aufsichtsrat, der Sozialdemokratischen Fraktion einmal an. Und es ist möglich, dass sie euch offiziell nichts sagen dürfen, aber es...na ich kenne mich schon aus, ja, also noch einmal, es gibt...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: ...das ist ja unglaublich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, die Gesetze der Republik, kann mir richtig vorstellen auch aus der Vergangenheit heraus, dass ein Vorstandsmitglied der Stadtwerke mit euch keine Gespräche führt, wenn dort irgendwas Dramatisches passieren sollte und ein zweiter Punkt und der ist mir schon wichtig, wenn Lisa Rücker, die grüne Fraktion und ich und die ÖVP-Fraktion hier ankündigen, dass es ein transparenter Prozess wird, dann bitte ich, das auch zu glauben und es ist mir wichtig, und es ist heute gefallen und der Herr Finanzreferent außer Dienst hat es ja auch gesagt, Wolfgang Riedler hat es gesagt, man kann über den Verkauf im Energiebereich geteilter Meinung sein, aber hätte ich ihn damals vor vielen Jahren nicht durchgeführt, hätten viele Dinge nicht mehr funktioniert bei den Stadtwerken, aber auch hier in der Stadt Graz. Unter anderem hätten wir zum Beispiel keinen Flughafen für Graz kaufen können und vieles mehr und ich glaube, dass die Entscheidungen, die wir getroffen haben, auch

immer Entscheidungen sind, in der wir viele Menschen einbinden, es ist aus meiner Sicht auch notwendig, dass wir hier oft im Gemeinderat Entscheidungen treffen. Der Aufsichtsrat trifft nicht alle Entscheidungen, da wird sehr oft hier im Beteiligungsausschuss und im Gemeinderat Stücke geben, es wird für die Hauptversammlungen Stücke geben, da gibt es die Möglichkeit zu informieren, da will ich auch andere Fraktionen einbinden und wir werden sowie in anderen Beteiligungen auch schauen, dass es eine gedeihliche Entwicklung des Unternehmens gibt. Aber noch einmal ganz klar und deutlich, wir wollen das Stadtwerkeunternehmen so führen, dass die Personen drüben auch wirklich merken, dass sie zum Gesamtunternehmen Stadt gehören und wenn das Thema heute aufgetaucht ist, der Name Graz AG. Es gibt die Linz AG, das ist auch durchaus üblich und wir unterscheiden damit, eh klar, es gibt die Stadt Graz, da gibt es hinten keine AG und es gibt die Graz AG, aber wir werden da auch werbetechnisch noch sehr viel Positives bewirken können. Ich habe heute eine Zusammenfassung einmal bekommen, ich habe es, glaube ich, nicht mehr da bei mir, wie viele Logos wir überhaupt bei allen Beteiligungen der Stadt Graz in Summe schon haben inklusive der eigenen. So einen Wulst von Logos, die alle miteinander nicht zusammenpassen, eine Erkennbarkeit für den Bürger ergeben, dass er weiß, dass wir, die wir hier sitzen, auch in unserer Gesamtverantwortung für die Aufsichtsratsmitglieder für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, auch das ist einmal möglich. Also meine Bitte ist jetzt auch noch einmal, wir haben viele Abänderungsanträge, uns auch jenen Vertrauensvorschuss zu geben, der notwendig ist und wir werden es Ihnen beweisen in den nächsten fünf Jahren, dass wir in keinsten Weise von irgendeinem Machtrausch geleitet sind, sondern von einer klaren Idee, wie wir gemeinsam mit den Stadtwerken für die BürgerInnen von Graz da sein werden, ohne auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke zu vergessen. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir jetzt diese zwei Stücke abstimmen, vorweg möchte ich es aber noch einmal erklären, weil es gibt jetzt relativ viele Abänderungsanträge. Wir werden zuerst den Tagesordnungspunkt 1) abstimmen, da geht es um die Vertretung der Stadt Graz in Kommission, Beiräten, Vereinen, wirtschaftlichen Unternehmungen, Neuordnung und Punkt 49) Helmut List-Halle. Da möchte ich gleich vorweg sagen, wir werden jetzt nicht jede einzelne Entsendung hier abstimmen, sondern die sozialdemokratische Fraktion hat mir gesagt, dass sie gegen die Punkte 1, 5, 9, 12, 13, 15, 16, 17, 19, 20, 33, 36, 37 und 49 sind, daneben gibt es drei Abänderungsanträge, die jetzt alle diesen Tagesordnungspunkt 1) betreffen. Der

erste Abänderungsantrag vom Kollegen Herper, den ich jetzt hier vorliegen habe, ist jener, in die Helmut-List-Halle Wolfgang Riedler anstelle von Gerhard Rüscher zu entsenden und zu nominieren, der zweite ist jener, dass wir von 12 wieder auf 9 gehen und de facto nach dem Verhältnis in der Stadtregierung die Aufsichtsratsmitglieder entsenden und der dritte Abänderungsantrag liegt mir vor von der KPÖ zum Tagesordnungspunkt 1), der quasi fast denselben Inhalt hat und zwar Aufsichtsräte der Stadtwerke AG und der Grazer Bau- und GrünlandGmbH. Zuerst sind die Abänderungsanträge abzustimmen und deswegen beginne ich jetzt mit dem, den ich vorhin zitiert habe, das heißt Kollegen Riedler anstelle von Kollegen Rüscher in die Helmut-List-Halle. Also die KPÖ stimmt, das möchte ich jetzt auch für das Protokoll bekannt geben, aber haben Sie auch hier aufgeschrieben, stimmt den Punkten 4, 11, 30 plus und beim Rest dagegen. Dass wir das einmal festhalten, das ist jetzt zu den einzelnen Punkten, jetzt aber bitte zum Abänderungsantrag.

Zu TO 1):

Abänderungsantrag, Helmut-List-Halle anstelle von Stadtrat Rüscher Stadtrat Riedler, von GR. Herper wird mit Mehrheit abgelehnt.

Abänderungsantrag, 12 auf 9, nach den Stadtsenatsmandaten zu verteilen 4:2:1:1:1, von GR. Herper, wird mit Mehrheit abgelehnt.

Abänderungsantrag von GRin. Bergmann wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Zu TO 2):

Der Abänderungsantrag von GR. Herper wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Abänderungsantrag von GR. Grosz wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

7) A 8 – 25167/06-14

Zwischenbericht
Zinssicherungsmaßnahmen

Dr. **Rüschi**: Hoher Gemeinderat! Ein kurzes Stück, bei dem es um die kostenneutrale Umstellung eines bestehenden Darlehens geht, es soll die Bestimmung des Zinssatzes für die jeweilige Zinsperiode nicht erst am Ende, sondern am Beginn der Zinsperiode fixiert werden. Die Gründe dafür sind rein ablauftechnische Gründe, mehr ist das im Wesentlichen nicht. Es geht um ein Darlehen der damaligen Bank Austria Creditanstalt AG. Insgesamt, wie gesagt, die kostenneutrale Umstellung. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den Motivenbericht betreffend die Umstrukturierung des Darlehens 400 134 813 bei der Bank Austria Creditanstalt zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Bergmann

19) StRH – 1431/2006

Bericht betreffend die Prüfung Styrian
Aqua Service GmbH (SAS)

GRin. **Bergmann:** Der Stadtrechnungshof hat im Auftrag von sieben Mitgliedern des Gemeinderates die Styrian Aqua Service GmbH geprüft und zwar hinsichtlich der laufenden Gebarung und hat das Rechnungs- und Belegwesen der Gesellschaft für ordnungsmäßig erklärt. Dann hinsichtlich des internen Kontrollsystems wurden ebenfalls stichprobenartige Einsichten durchgeführt und es wurde festgestellt, dass ein angemessenes Kontrollwesen besteht. Was die Entwicklung der Gesellschaft jedoch betrifft, in Anbetracht der ursprünglichen Gründungsidee, wurde kritisch festgehalten, dass die ursprüngliche Idee eine von der Marke Grazer Stadtwerke entkoppelte Akquisitionstätigkeit unter dem Branding SAS zu entfalten, nicht in dem Ausmaß gelungen ist, wie es beabsichtigt war. Im Wesentlichen wurde die SAS als Zulieferbetrieb für die Stadtwerke tätig und zwar in der Abwicklung der Rohrlegearbeiten. Eine Gegenüberstellung der Kostensituation vor und nach dem Insourcing ist festzuhalten, dass diese Rohrlegearbeiten vorher von den Stadtwerken ausgelagert wurden und dann in diese SAS wieder zurückgeholt wurden und die Kostensituation war weder vorteilhaft noch nachteilig gewesen. Allerdings hat der Stadtrechnungshof festgestellt, dass seit Errichtung der Gesellschaft nicht unbeträchtliche Administrationskosten angelaufen sind und es bleibt auch die Frage offen, ob tatsächlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, für die ein Zukunftsmarkt für das Thema Wasser zu erschließen. Der Kontrollausschuss hat den Prüfbericht in drei Sitzungen beraten und ich bitte um Kenntnisnahme dieses Kontrollberichtes. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderats um 22.25 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb